

Überblick

2/3 2004

10 Jahre IDA-NRW: Antirassistische und interkulturelle Arbeit vor neuen Herausforderungen

- ▶ Die Entwicklung des Rechtsextremismus
- ▶ Zur Thematisierbarkeit des Interkulturellen
- ▶ Die Arbeit von IDA-NRW

IDA
NRW

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
10. Jg., Nr. 2/3, September 2004
ISSN 1611-9703

Inhalt	
10 Jahre IDA-NRW: Interkulturelle und anti-rassistische Arbeit vor neuen Herausforderungen	3
- Die Entwicklung des Rechtsextremismus seit den 90er Jahren. Eine vergleichende Betrachtung zur Situation in Ost- und Westdeutschland Armin Pfahl-Traughber	3
- Fachgespräch: Zur sozialen Thematisierbarkeit des Interkulturellen. Gedanken zur Frage der Repräsentation in pädagogischen Kontexten Anne Broden & Paul Mecheril	8
- Die Arbeit von IDA-NRW ...	12
... aus der Sicht des Ministeriums Interview mit Klaus Schäfer	12
... aus der Sicht des Vorstandes Thilo Scholle	13
... aus der Sicht eines ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Volker Roßocha	13
... aus der Sicht einer ehemaligen Projektleiterin Ulla Siebert	15
... aus der Sicht des AK Ruhr Dieter Jablonski	16
... aus der Sicht einiger Kooperationspartnerinnen und -partner	18
Kommentar:	
Das Zuwanderungsgesetz Anne Broden	21
Nachrichten	22
Literatur und Materialien	23
Veranstaltungen	27

Impressum	
Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben von dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55 - 5, Fax: 02 11 / 15 92 55 69, Info@IDA-NRW.de , www.IDA-NRW.de	
Redaktion: Anne Broden	
Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

IDA-NRW wird dieses Jahr 10 Jahre alt. Das zehnjährige Bestehen eines Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung kann eigentlich nicht gefeiert werden. Ein Grund zum Feiern wäre die Beendigung unserer Arbeit, weil es keinen Rassismus mehr in unserem Land gibt. Allerdings ist uns wohl kaum Pessimismus vorzuwerfen, wenn wir die Notwendigkeit von IDA-NRW auch für die Zukunft prognostizieren.

Diese Doppelnummer des „Überblick“ ist dem zehnjährigen Bestehen des IDA-NRW gewidmet. Die Artikel zum Thema Rechtsextremismus bzw. zur interkulturellen Thematik stehen hier für die beiden Standbeine der Arbeit von IDA-NRW.

Beobachtung, Analyse und Thematisierung von Rassismus und Rechtsextremismus war von Beginn an Schwerpunkt des IDA-NRW. Armin Pfahl-Traughber beschreibt in seinem Artikel die Entwicklung des Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren und räumt dabei mit dem beliebten Vorurteil, im Osten sei alles viel dramatischer, auf. Seine nüchterne Analyse macht deutlich, welches reale Gefahrenpotenzial vom aktuellen Rechtsextremismus ausgeht.

Seit Ende der 1990er Jahre ist neben dem Rechtsextremismus auch die interkulturelle Thematik zum bedeutsamen Arbeitsfeld für IDA-NRW geworden. Paul Mecheril und ich denken in unserem Beitrag über die Frage nach, wer über wen und mit welcher Legitimation in interkulturellen Bildungsprozessen spricht und welche Konsequenzen dieses Sprechen für die Bildungsarbeit hat.

Außerdem werden in diesem „Überblick“ die Gründungsgeschichte, das gegenwärtige Profil unserer Arbeit sowie Perspektiven für die Zukunft angesprochen. Wir haben verschiedene Personen aus Ministerium und Vorstand, eine ehemalige Projektleiterin sowie Kooperationspartnerinnen und -partner um ihre Sichtweisen gebeten und konnten ein Kaleidoskop von Herausforderungen und Chancen unserer antirassistischen und interkulturellen Arbeit zusammenstellen.

Wir bedanken uns bei allen Schreiberinnen und Schreibern für ihre Gedanken und auch für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Herzliche Grüße

Anne Broden

10 Jahre IDA-NRW: Interkulturelle und antirassistische Arbeit vor neuen Herausforderungen

Zwei unterschiedliche Themenfelder des IDA-NRW werden an dieser Stelle angeschnitten, die die Spannbreite unserer Arbeit verdeutlichen.

Im ersten Artikel beschreibt Armin Pfahl-Traughber die Entwicklung des Rechtsextremismus in den 1990er Jahren und vergleicht die Situation in Ost- und Westdeutschland. Dabei werden verschiedene Bereiche rechtsextremer Agitation analysiert: die Politik (z. B. Wahlbeteiligungen), Aktionen (z. B. Aufmärsche) und Gewalt. Die verschiedenen Organisationsstrukturen (Parteien wie REP und NPD, aber auch Unterschiede zwischen Skinhead-Subkultur und Neonazi-Szene) werden in ihrer gesellschaftlichen Relevanz beleuchtet.

Die Entwicklung des Rechtsextremismus seit den 90er Jahren. Eine vergleichende Betrachtung zur Situation in Ost- und Westdeutschland

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Folgt man der Berichterstattung mancher Medien, so handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein überwiegend ostdeutsches Phänomen. Trifft diese pauschalisierende Einschätzung zu? Oder wurden einseitig einzelne Vorkommnisse zu einer solchen Bewertung herangezogen? Gilt die Aussage für alle Bereiche des Rechtsextremismus oder nur für einzelne Handlungsfelder? Wie ist die Entwicklung in diesem politischen Lager vergleichend einzuschätzen? Um diese und ähnliche Fragen zu beantworten, bedarf es einer differenzierten Darstellung und Analyse des Rechtsextremismus.

2. Entwicklung der Parteien und der Wählerzustimmung

In den 1990er Jahren gelang es keiner rechtsextremistischen Partei, sich bundesweit als Wahlpartei zu etablieren. Bei Wahlen lässt sich ein wellenartiges Auf und Ab ausmachen, wobei die letztgenannte Tendenz vorherrschte. Lediglich in bestimmten Phasen konnten die Parteien vorübergehend Wahlerfolge von über fünf Prozent der Stimmen erlangen: Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) erhielt 1991 in Bremen 6,2 Prozent, 1992 in Schleswig-Holstein 6,3 Prozent, 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent und 1999 in Brandenburg 5,3 Prozent der Stimmen. Für die Partei "Die Republikaner" (REP) votierten in Baden-Württemberg 1992 10,9 Prozent und 1996 9,1 Prozent der Wähler. Bei allen anderen Wahlen bewegte sich die Zustimmung für die genannten Parteien und die noch gesondert zu behandelnde "Nationalde-

mokratische Partei Deutschlands" (NPD) zusammen meist zwischen zwei und vier Prozent der Stimmen. Eine Ausnahme stellen nur die Landtagswahlen 2001 in Baden-Württemberg dar, wo die REP 4,4 Prozent der Stimmen erhielten, aber aus dem Landtag hinausfielen.

Von einer Etablierung als Wahlpartei für eine rechtsextremistische Partei auf landespolitischer Ebene kann demnach lediglich ansatzweise in zwei Fällen gesprochen werden: zum einen zeitweise für Baden-Württemberg aufgrund des zweimal hintereinander erfolgten Einzugs der REP ins Landesparlament und zum anderen für Bremen auf niedrigem Niveau aufgrund des mehrfachen Einzugs der DVU in die Bürgerschaft. In den neuen Bundesländern konnte bislang lediglich die DVU in den zwei vorgenannten Ländern bei Wahlen Zustimmungen von über fünf Prozent der Stimmen erhalten. Bei der Europawahl und Landtagswahl in Thüringen 2004 gelangen der NPD allerdings in bestimmten Regionen der ostdeutschen Länder einige erstaunlich hohe Achtungserfolge.

Daher lässt sich hinsichtlich der Wählerzustimmung zusammenfassend feststellen, dass sie bis Ende der 1990er Jahre eindeutig in den westlichen Bundesländern überwog und erst in den letzten Jahren Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in den östlichen Bundesländern zu verzeichnen waren. Da dem zur gleichen Zeit zwei aus rechtsextremistischer Sicht als Misserfolge anzusehende Wahlkandidaturen gegenüberstanden, lässt sich die Auffassung, wonach die Schwerpunkte in der Wählerzustimmung von West nach Ost übergewechselt seien, nicht aufrechterhalten. Gleichwohl stieg in den letzten Jahren in den östlichen Bundesländern die Bereitschaft zur Wahl rechtsextremistischer Parteien gegenüber der Bereitschaft im Westen an. Im Rückblick fällt darüber hinaus auf, dass die REP in den alten Bundesländern zwar ab und an einen relativen Wahlerfolg verbuchen konnten, ihnen in den neuen Bundesländern im Unterschied zur DVU aber noch nicht einmal ein Achtungserfolg gelang. Dies erklärt sich möglicherweise durch das unterschiedliche politische Image, das sich beide Parteien in der Öffentlichkeit zu geben versuchen. Während die REP ihre rechtsextremistischen Positionen häufig hinter einem vermeintlich seriös-konservativ wirkenden Erscheinungsbild zu verbergen suchen, setzt die DVU auf platte Parolen, die direkt an Aversionen gegen etablierte Politik und Ressentiments gegen Fremde anknüpfen. Offensichtlich stößt diese Agitationstechnik bei der rechtsextremistischen Wählerschaft in den östlichen Bundesländern auf eine höhere Zustimmung als die Variante der REP.

3. Die Entwicklung der NPD

Einen Sonderfall gegenüber der formulierten allgemeinen Einschätzung zur Situation des rechts-extremistischen Parteienlagers stellt die NPD dar. Die Partei hatte zu Beginn der 1990er Jahre den Tiefpunkt ihrer Entwicklung erreicht und sich gespalten. Daher gelang es ihr zunächst noch weniger als den beiden anderen rechtsextremistischen Parteien eigene Strukturen in den neuen Bundesländern aufzubauen, was sich allerdings in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schlagartig ändern sollte. Diese Entwicklung hing eng mit einer ideologischen, organisatorischen und strategischen Veränderung zusammen: Die Zahl der Mitglieder betrug 1996 3.500, stieg aber in den beiden folgenden Jahren kontinuierlich an und zwar 1997 auf 4.300 und 1998 auf 6.000. 1999 stagnierte die Entwicklung, 2000 stieg die Mitgliederzahl erneut auf 6.500, um 2001 erneut zu stagnieren. Danach sank sie 2002 auf 6.100 und 2003 auf 5.000. Ideologisch kam es einerseits zu einer Verschärfung der verbalen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, andererseits zu einer Neuorientierung hin zu einem "nationalen Sozialismus", der mit einer antikapitalistischen und völkischen Orientierung einhergeht. Strategisch ergänzte man die traditionellen parteipolitischen Aktivitäten durch eine stärkere aktionsorientierte Vorgehensweise, die sich insbesondere in öffentlichen Aufmärschen mit Neonazis und Skinheads artikuliert.

All diese Veränderungen hängen eng mit den für die Partei bedeutsamen Entwicklungen in den östlichen Bundesländern zusammen, denn insbesondere von dort kam die überwiegende Zahl der neuen Mitglieder. Zulauf erhielt die Partei beispielsweise in Sachsen insbesondere von jüngeren Männern, wohingegen die westlichen Landesverbände in ihrer Zusammensetzung stark überaltert sind. Mit der Ablehnung des Kapitalismus näherte sich die Partei programmatisch geistigen Strömungen des Rechtsextremismus der 1920er Jahre, die eine Verknüpfung von "Nation" und "Sozialismus" beabsichtigten.

Mit diesem Prozess einher ging die zunehmende Öffnung der Partei und ihrer Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" für Aktivisten aus der Neonazi-Szene. Einigen von ihnen gelang es sogar, bis in hohe Funktionen der NPD wie etwa den Bundesvorstand aufzusteigen, wobei auch hier die Entwicklung insbesondere von den östlichen Landesverbänden aus erfolgte, wenngleich es ähnliche Tendenzen von allerdings geringerer Bedeutung in den westlichen Landesverbänden gab. Außerdem integrierte die Partei zahlreich rechtsextremistische Skinheads bzw. nutzte sie als Mobilisierungspotenzial bei öffentlichen Aufmärschen. Solche gelangen der NPD in den letzten Jahren mitunter mit größeren Teilnehmerzah-

len zwischen 1.000 und 5.000 Personen - und zwar sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern. Während im Westen insbesondere der Protest gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" den Anlass bot, standen sozialpolitische Parolen wie "Arbeit zuerst für Deutsche", "Gegen Euro und Großkapital" oder "Unser deutsches Land in Arbeiter- und Bauernhand" im Mittelpunkt der Aufmärsche im Osten.

Zwar konnte die NPD mit solchen Demonstrationen in den letzten Jahren mehrmals so viele Aktivisten mobilisieren, wie es seit dem Beginn der siebziger Jahre Rechtsextremisten nicht mehr gelang. Bei Wahlen erzielte die Partei dem gegenüber aber keine besonderen Erfolge, bewegte sich die Zustimmung bei Bundes- und Landtagswahlen doch lediglich zwischen 0,2 und 1,5 Prozent der Stimmen. Von einer Etablierung als Wahlpartei lässt sich für die NPD noch nicht einmal in Ansätzen sprechen. Dafür erweist sie sich insbesondere in den östlichen Bundesländern als ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für rechtsextremistische Aktionen.

4. Die Neonazi-Szene

Bei den Anhängern der Neonazi-Szene handelt es sich um Personenzusammenschlüsse, die sich ideologisch auf den historischen Nationalsozialismus beziehen und seit Anfang der 1970er Jahre unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen existierten. Öffentlich in Erscheinung traten sie durch provozierende Aufmärsche und aggressive Propagandaaktivitäten, aber auch durch Gewalttaten von einzelnen Angehörigen. Insgesamt erlebte die Szene durch die Wiedervereinigung einen Aufschwung und konnte neue Anhänger gewinnen. Deren Zahl stieg von 1.400 im Jahr 1990 auf 2.100 im Jahr 1991 an, die Zahl der Gruppen wuchs im gleichen Zeitraum von auf 27 auf 30. Parallel dazu entstanden informelle Personenzusammenschlüsse von gewaltbereiten Rechtsextremisten wie den Skinheads. Zu ihnen zählten 1991 bereits 4.200 Personen. Insbesondere in den östlichen Bundesländern wirkten die beiden Szenen im Laufe der Zeit immer enger zusammen, während in den westlichen Bundesländern zunächst noch stärker gegenseitige Vorbehalte bestanden. Die weitere Entwicklung des neonazistischen Lagers sah sich seit 1992 einer besonderen Situation ausgesetzt: Von staatlicher Seite erfolgte eine Welle von Verbotsmaßnahmen. Darüber hinaus kam es zu einer Reihe von Demonstrations- und Verbotungsverboten sowie zu Exekutivmaßnahmen gegen einzelne Aktivisten, wobei neben Organisationsunterlagen und Propagandamaterial auch militärähnliche Ausrüstungsgegenstände und Waffen sichergestellt wurden.

Diese staatlichen Maßnahmen führten zunächst zu einer starken Verunsicherung der Neonazis, darüber hinaus verloren deren Angehörige durch die Auflösung der Organisationsstrukturen ihre Aktionsfähigkeit. Als Reaktion auf solche Entwicklungen sah sich die zersplitterte Szene fortan dazu genötigt, die bisherige Abgrenzung in konkurrierende Gruppen zumindest tendenziell aufzugeben und aufeinander zuzugehen. Dabei strebte man allerdings nicht unbedingt eine einheitliche Organisation an, sondern wollte vielmehr über gemeinsame Aktionsorientierungen, kommunikative Vernetzung und autonome Strukturen neue Handlungsmöglichkeiten austesten. Nahezu im gesamten Bundesgebiet bildeten sich ab 1994 in unterschiedlichem Ausmaß neue regionale, zum Teil konspirativ arbeitende Personenzusammenschlüsse in Form von "Nationalen Kameradschaften" heraus. Deren Zahl stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an: von 80 im Jahr 1998 auf 160 im Jahr 2003. Insbesondere in den neuen Bundesländern nahm ab 1996 die Form der Organisation der Szene über "Kameradschaften" zu. Dort waren bei einem Anteil der Ostdeutschen von 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung gegen Ende der 1990er Jahre fast die Hälfte der 2.200 Neonazis aktiv. Für diesen Teil des Rechtsextremismus kann ein Schwerpunkt in den östlichen Ländern konstatiert werden.

Ihre Kampagnenfähigkeit gewann die Szene zunächst nur eingeschränkt zurück: Neben mehreren Verbotsmaßnahmen gegen Aufmärsche und Versammlungen waren dafür die Unfähigkeit zur bundesweiten Koordination dieser "Kameradschaften" und die Differenzen zwischen den jeweiligen Führungspersonen ausschlaggebend. So konnte man etwa 1999 und 2000 keinen zentralen Rudolf-Heß Gedenkmarsch durchführen. Ein Wandel setzte erst ab Herbst 2000 ein, gelang es dem Neonazi Christian Worch doch mehrmals, Verbote von Demonstrationen durch das Bundesverfassungsgericht aufheben zu lassen. Dies führte zu einem Anstieg der Demonstrationen von 68 im Jahr 2002 auf 84 im Jahr 2003, allerdings mit sinkender Teilnehmerzahl.

5. Die Entwicklung der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur

Nach ihrer Entstehung blieb die Skinhead-Szene zunächst weitgehend unpolitisch, sah sich aber Mitte der 1980er Jahre Politisierungsbestrebungen von neonazistischen Organisationen ausgesetzt, was zur Spaltung als jugendliche Subkultur in der Bundesrepublik Deutschland in einen nicht-rechtsextremistischen und in einen rechtsextremistischen Teil führte. Vereinnahmungsversuche von Neonazi-Gruppen blieben allerdings zunächst erfolglos, ließen sich die Angehörigen der Subkultur doch trotz vieler ideologischer Gemeinsamkeiten aufgrund ihrer Ablehnung von disziplinier-

tem Handeln und festen Strukturen nur schwerlich in Organisationen einbinden.

Das politische Denken in dieser Szene nahm nicht die Form von geschlossenen Ideologien an. Vielmehr handelte es sich meist um diffuse Vorstellungen und platte Feindbilder, die sich weniger in programmatischen Überlegungen als vielmehr in aggressiven Parolen nationalsozialistischer und rassistischer Art artikulierten. Insbesondere in den Texten von rechtsextremistischen Skinhead-Bands kommen sie zum Ausdruck. So heißt es etwa in einem Lied der Band "Tonstörung" von 1992: "Wetz Dir Deine Messer auf dem Bürgersteig, lass die Messer flutschen in den Judenleib" oder in einem Song der Gruppe "Volkszorn" von 1994: "Große, kleine Punker schlagen, tausend dumme Türken jagen, das ist das, was mir gefällt". Die Band "Zillertaler Türkenjäger" forderte 1997 in einem Stück mit "Tritten in die Schnauze" gegen "Zecken und Ali-Banden" vorzugehen, und die Gruppe "Die Härte" textete 1999 "Hurra, hurra, ein Nigger brennt!" Die in diesen Aussagen deutlich werdende Gewaltgeneigtheit gilt als typisches Merkmal der Szene und entlud sich immer wieder in militanten Aktionen gegen Angehörige von als gegnerisch eingeschätzten gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Fremde, "Linke", Obdachlose etc.). Im Laufe der 1990er Jahre wuchs das Potenzial dieser Szene kontinuierlich an und zwar von 4.200 (1991) auf 5.600 (1993), von 6.200 (1995) auf 7.600 (1997). 1999 zählten 9.000, im Jahr 2000 9.700 und im darauf folgenden Jahr 10.400 Personen zur Gruppe der gewaltgeneigten Skinheads. Erst 2003 kam es zu einem leichten Rückgang auf 10.000. Vergegenwärtigt man sich diese Zahlen auch in vergleichender Betrachtung, so lässt sich feststellen, dass dieser Bereich des Rechtsextremismus in den 1990er Jahren der einzige Bereich war, der nicht durch Stagnation, sondern durch ein kontinuierliches Anwachsen der Zahl von Anhängern gekennzeichnet ist. Über die Hälfte dieses Personenpotenzials findet sich in den östlichen Bundesländern bei einem dortigen Gesamtbevölkerungsanteil von einem Fünftel.

Mit dem quantitativen Anwachsen des Skinhead-Potenzials und seiner kontinuierlichen Präsenz an bestimmten Orten ging auch eine stärkere Strukturierung der Szene einher. Sie zeigte sich bei den Bemühungen der international aktiven Skinhead-Bewegung "Blood & Honour", die gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend Aktivisten für sich gewinnen konnte, oder bei der Gruppe der "Hammerskins", die in dieser Hinsicht allerdings nicht so erfolgreich wirkte und nur geringen Einfluss entfaltete. Gebremst wurde dieser Prozess durch das im September 2000 erfolgte Verbot von "Blood & Honour - Division Deutschland" durch das Bundesministerium des Innern. Es führte direkt zur Auflösung handlungsfähiger Strukturen

und indirekt zum Rückgang der Konzertveranstaltungen. Der außerhalb der Organisation bestehende Vertrieb von Tonträgern mit rechtsextremistischer Musik war davon weniger betroffen und erfolgte weiter.

Parallel zu den Strukturierungstendenzen änderte sich auch das Verhältnis zu rechtsextremistischen Organisationen von Teilen der Skinhead-Szene. Vor allem in den östlichen Bundesländern schlossen sich verstärkt regionale Führungspersonen der Szene der NPD oder neonazistischen "Kameradschaften" an. Auch wenn sich die Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads einer Einbindung in damit zusammenhängende Organisationsstrukturen nach wie vor verweigert, steigt das Ausmaß der Kooperation ständig an, wovon etwa gemeinsame Aufmärsche mit über tausend Teilnehmern aus diesen drei Bereichen des Rechtsextremismus zeugen. Damit kommt es immer mehr zu einer Aufweichung der bisherigen Abgrenzung, wobei auch hier die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern stärker als in den westdeutschen Ländern ausgeprägt ist.

6. Entwicklung und Einschätzung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten

Und schließlich soll noch der Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten als der folgenreichsten Handlungsebene des Rechtsextremismus gesondert Aufmerksamkeit gezollt werden. Zunächst zur rein quantitativen Dimension: Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten stieg Anfang der 1990er Jahre rapide an und zwar von 178 (1990) auf 849 (1991) und 1.485 (1992). Danach sank die Zahl von 1322 (1993) auf 784 (1994) und 612 (1995). Anschließend kam es wieder zu einem Anstieg von 624 (1996) auf 790 (1997) und danach wieder zu einem erneuten Sinken auf 708 und erneutem Anstieg auf 746 (1999) und 998 (2000). Nach einem neueren polizeilichen Zählverfahren bewegten sich die Zahlen im Jahr 2002 bei 772 und im Jahr 2003 bei 759. Auch wenn der gegenwärtige Stand nur noch zwei Drittel der Gewalttaten auf dem Höhepunkt der Entwicklung im Jahr 1992 ausmacht, so stabilisierten sich doch die Zahlen auf einem relativ hohen Niveau, das vor Beginn der 1990er Jahre nie erreicht wurde. In allen Jahren zeigte sich bei der Verteilung der Gewalttaten nach Bundesländern, dass die Zahl der Gewalttaten im Osten weitaus höher lag als im Westen. So wurden etwa 2003 in den neuen Bundesländern 2,08 Gewalttaten je 100.000 Einwohner registriert und in den westlichen Ländern 0,62. Berücksichtigt man darüber hinaus noch den unterschiedlich hohen Ausländeranteil - in den westlichen Ländern liegt er zwischen 8,1 und 15,2 Prozent und in den östlichen Ländern zwischen 1,5 und 2,3 Prozent der Bevölkerung - so wird noch deutlicher, wie sehr fremdenfeindliche Gewalttaten ein be-

sonderes ostdeutsches Phänomen darstellen. Darüber hinaus veranschaulichen diese Zahlen, dass das Ausmaß der Gewalt offensichtlich nicht durch eine hohe Zahl von anwesenden Ausländern bedingt ist. Das genaue Gegenteil lässt sich aus den Daten ablesen: In den Bundesländern mit einem relativ hohen Ausländeranteil kam es zu einem relativ geringen Ausmaß von rechtsextremistisch motivierter Gewalt.

Wer sind nun die Täter? Auf diese Frage gab eine breit angelegte Untersuchung eines Trierer soziologischen Forscherteams um Helmut Willems mit Daten von 1991 und 1992 Auskunft. Die systematische Auswertung von Polizeiakten veranschaulichte, dass von den Tatverdächtigen nahezu alle Männer und mehr als ein Drittel unter 18 Jahre alt waren. Die meisten verfügten nur über einen niedrigen Bildungsstatus. Mit 18 Prozent lag der Anteil der Arbeitslosen zwar über der Arbeitslosenquote der Jugendlichen insgesamt, war aber keineswegs so deutlich erhöht, wie immer wieder angenommen wird. Ähnliches gilt für die Bedeutung familiärer Desintegrationerscheinungen, die mit einer Verbreitung von knapp über 20 Prozent nicht wesentlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung lagen. Für die Mehrzahl der Tatverdächtigen ließen sich Affinitäten und Zugehörigkeiten zu Skinhead- und anderen Gruppen mit fremdenfeindlichen Einstellungen (wozu auch Freizeitcliquen von Jugendlichen gehörten) nachweisen. Den größten Teil der fremdenfeindlichen Straftäter stellten aber unauffällige, „normale“ Jugendliche und Ersttäter dar. Fast ausschließlich begingen sie die gewalttätigen Aktionen gegen Ausländer als Gruppentat, was die Auffassung von den "irregeleiteten Einzeltätern" widerlegt. Es kann bei entsprechenden Aktivitäten indessen nicht von einer Steuerung von außen gesprochen werden, da dies lediglich bei einer geringen Zahl von Fällen zutraf. Auch stammten fast alle Täter aus der Nähe des Tatortes, sie waren somit keine "Reisetäter".

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Untersuchungen des Kölner Kriminologen Frank Neubacher, der ebenfalls eine Inhaltsanalyse einschlägiger Urteile vornahm. Seine aus den Jahren 1990 bis 1994 stammenden Daten belegten ebenfalls einen besonders hohen Anteil von Taten in den östlichen Bundesländern, den nahezu ausschließlichen Männer-Anteil der Täter und den lediglich leicht überdurchschnittlichen Anteil von Arbeitslosen mit 21 Prozent. Mit diesem letztgenannten Aspekt widerlegte auch diese Studie weit verbreitete Auffassungen über die Ursachen für Handlungen fremdenfeindlicher Gewalttäter. Ihre Mehrheit hatte darüber hinaus ein materiell abgesichertes Zuhause und die Arbeitslosigkeit der Eltern spielte keine erkennbare Rolle. Auch die Täter selbst entstammten nicht mit dem Begriff "Desintegra-

tion" zu beschreibenden Lebenszusammenhängen, was einen damit zusammenhängenden bekannten Erklärungsansatz des Pädagogen Wilhelm Heitmeyer widerlegt.

Neben den relativ spontan und unsystematisch durchgeführten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten verdienen auch die Tendenzen zur Entwicklung terroristischer Strukturen besonderes Interesse. Derartige Debatten werden öffentlich häufig mit dem Schlagwort von der "Braunen Armee Fraktion" verbunden, womit der relativ hohe logistische Entwicklungsstand des Linksterrorismus der 1970er Jahre zum Maßstab der Erkenntnis gemacht wird. Hierdurch entsteht allerdings für die gegenwärtige Diskussion ein Zerrbild, da Rechtsextremisten in Vergangenheit und Gegenwart nicht in der Lage waren, einen ähnlichen Planungsgrad wie die früheren Linksterroristen zu erreichen. Eine Struktur ähnlich der RAF besteht im neonazistischen Lager nicht. Dies gilt auch angesichts der durch die Verhaftung ihrer führenden Aktivisten zerschlagenen Neonazi-Gruppe um Martin Wiese, die 2003 offenbar Anschläge auf jüdische Einrichtungen in München planten. Gleichwohl existieren Konzeptionen und Verlautbarungen, Gewaltbereitschaft und Waffenlager, was allerdings lange Zeit nicht mit einander verbunden war und sich auch nicht in konkreten Anschlagplänen umsetzte. Die Mehrheit der Szene lehnt darüber hinaus terroristisches Vorgehen aus taktischen Gründen ab, befürchtet man dadurch doch noch stärkere Exekutivmaßnahmen des Staates auszulösen. Seit Ende der 1990er Jahre mehren sich allerdings die Anzeichen dafür, dass einzelne Aktivisten ihre Sammlung von Sprengstoff und Waffen mit Anschlagsoptionen verbinden. Die beiden bisher ungeklärten Sprengstoffanschläge, 1998 auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, und 1999 auf die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" in Saarbrücken, stehen dafür. Gleiches gilt für Fälle im Raum Berlin und Brandenburg zwischen September 1999 und Juni 2000, wo es den Sicherheitsbehörden gelang, unmittelbar bevorstehende Anschläge zu verhindern. Angesichts dieser Tendenzen besteht zwar nicht die Gefahr eines Aufbaus fester terroristischer Strukturen. Wahrscheinlicher könnte vielmehr eine Art "Feierabend-Terrorismus" in Gestalt des gewalttätigen Wirkens aus dem normalen Alltagsleben heraus oder das spontane Handeln von Einzeltätern ohne eine langfristige Konzeption und Zielsetzung sein. Eine diesbezügliche Schwerpunktsetzung der Entwicklung auf Ost- oder Westdeutschland lässt sich indessen nicht erkennen.

7. Bilanz und Einschätzung

Bilanziert man das oben Dargestellte hinsichtlich des Vergleichs der Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in den alten und neuen Bundesländern, so kann Folgendes zusammenfassend gesagt werden: Von einer allgemeinen Verlagerung des Rechtsextremismus von West- nach Ostdeutschland lässt sich in dieser Pauschalität nicht sprechen. Eine differenzierte Betrachtung muss die unterschiedlichen Handlungsebenen in dem politischen Lager unterscheiden und gesondert untersuchen. Hierbei zeigt sich ein anderer Zusammenhang: Je stärker der Rechtsextremismus auf eine politische Mitgestaltung in Form von aktiver Parteipolitik oder auf theoretische Begründungen in Form von "Ideologieproduktion" orientiert ist, desto stärker findet man solche Tendenzen in den alten Bundesländern. Je stärker der Rechtsextremismus auf Aktionen, Parolen und Gewalt hin ausgerichtet ist, desto eher findet man derartige Handlungsformen in den neuen Bundesländern.

Ablesbar ist dies am dortigen überdurchschnittlich hohen Anteil von Neonazis und Skinheads sowie der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten. Diese Unterschiede erklären sich zwar nicht allein, aber auch mit der Alterszusammensetzung im Rechtsextremismus in Ost und West: In den neuen Bundesländern gehören diesem politischen Lager im Durchschnitt eher Angehörige jüngerer Altersgruppen an.

Darüber hinaus zeigt die vergleichende Betrachtung der unterschiedlichen Handlungsfelder für politische Aktivitäten, dass es sich beim Rechtsextremismus - entgegen eines vielfach bestehenden Eindrucks durch die Berichterstattung der Medien - keineswegs nur um ein ost-, sondern um ein gesamtdeutsches Phänomen handelt.

Die weiterhin bestehende Existenz unterschiedlicher Prägungen der politischen Kultur in den östlichen und westlichen Ländern verwundert nicht. Dies gilt nicht nur für das gespaltene Urteil über die Bundesrepublik Deutschland als Gesellschaft und System, sondern auch für das Ausmaß rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen in den jeweiligen Bevölkerungen. Deren Anteil war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in den östlichen Bundesländern höher.

Literatur

Bundesministerium des Innern (Hg.) (1991ff.): Verfassungsschutzbericht 1990ff., Bonn bzw. Berlin (BfV).

Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim-München (Juventa Verlag).

Menhorn, Christian (2001): Skinheads - Portrait einer Subkultur, Baden-Baden (Nomos).

Neubacher, Frank (1999): Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Mönchengladbach (Forum Verlag).

Pfahl-Traughber, Armin (1999): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München (C.H. Beck).

Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn (2. Aufl., Friedrich-Ebert-Stiftung).

Willems Helmut u. a (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen (Leske & Budrich).

Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftäter, Bonn (BMI).

Dr. Armin Pfahl-Traughber ist Professor an der Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung in Brühl.

Im nachfolgenden Artikel beschäftigen sich die AutorInnen mit der Frage der Repräsentation im pädagogischen Kontext oder, anders formuliert, mit der Frage, wer für wen in der interkulturellen Arbeit spricht. Welche Konsequenzen hat es, wenn Mehrheitsangehörige für/über Minderheitenangehörige sprechen, und welche Paradoxien beinhaltet ein Plädoyer für die Selbstrepräsentation von Minderheitenangehörigen?

Fachgespräch:

Zur sozialen Thematisierbarkeit des Interkulturellen.

Gedanken zur Frage der Repräsentation in pädagogischen Kontexten

Anne Broden & Paul Mecheril

Was *passiert*, wenn interkulturelle Themen angesprochen, wenn Tagungen, Workshops, Trainings zu Themen wie „interkulturelles Lernen“, „interkulturelle Kompetenz“, „Umgang mit Fremden“ u. a. durchgeführt werden?

Einige Annahmen dazu: Die Veranstalter/innen, Teilnehmer/innen und Referent/inn/en haben unterschiedliche biografische Hintergründe, sie nehmen unterschiedliche symbolische gesellschaftliche Positionen ein und weisen auch deshalb unterschiedliche Zugänge zum Thema auf. Sie sind alt oder jung, Frau oder Mann, kommen aus der pädagogischen Praxis oder sind eher in einer akademischen Weise mit pädagogischen Fragen befasst, sie gehören einer ethnisch-kulturellen Minderheit oder der Mehrheitsgesellschaft an, sie sind rassistisch diskreditierbar oder nicht, ihre religiösen Anschauungen und Praxen unterschei-

den sich, sie haben verschiedene sexuelle Orientierungen, sind erwerbstätig oder nicht. Diesen Differenzlinien wird von den einzelnen Personen unterschiedliche Bedeutung beigemessen; eine wird allerdings im Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland, das sich politisch und kulturell schwer tut, sich als Einwanderungsland zu verstehen, besonders scharf konturiert: die der eingewanderten Minderheiten gegenüber der autochthonen Mehrheit. Workshops zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ beziehen sich immer auf diese Differenz, andere Unterscheidungsmerkmale wie Alter, Geschlecht und Klasse ziehen nicht die gleiche Aufmerksamkeit auf sich, obwohl die kulturellen Differenzen zwischen den Generationen, zwischen Männern und Frauen oder Armen und Reichen beachtlich sein können - sie scheinen aber unproblematischer zu sein oder der pädagogischen Bearbeitung weniger zugänglich.

Es ist interessant, dass interkulturelle Fort- und Weiterbildungen kulturelle Differenzen in pädagogisch relevanten Kontexten wie der Schule, dem Arbeitsplatz, dem Stadtviertel und der Freizeit zumeist mit der Intention der „verbesserten Kommunikation über kulturelle Differenz hinweg“ zum Thema machen, die interkulturellen Aspekte zwischen den Teilnehmenden, VeranstalterInnen und ReferentInnen innerhalb der Fortbildung selbst aber selten bedacht werden.

So kommt die kulturelle Bedeutung des Kontextes, an dem über „Interkulturelles“ gesprochen wird, häufig nicht in den Blick. Gegenseitige Vorurteile, Phantasien, Abwertungen und Exotismen kommen selten zur Sprache. Solange aber dieser sozio-kulturelle Rahmen interkultureller Fort- und Weiterbildung nicht in Hinblick auf die Frage reflektiert wird, inwiefern es sich bei diesem Rahmen um einen angemessenen (Diskussions- und Bildungs-)Rahmen handelt, wiederholen sich in der Thematisierung des Interkulturellen häufig Bilder, Inhalte, Perspektiven, Kommunikationsmuster, praktische und symbolische Dominanzverhältnisse, die die Auseinandersetzung mit „dem Interkulturellen“ eher verhindern als ermöglichen.

Diesem Phänomen wollten wir mit Kolleginnen und Kollegen der interkulturellen Bildungsarbeit nachgehen und luden zu einem Fachgespräch nach Bielefeld ein, um den sozialen Voraussetzungen der Thematisierbarkeit des Interkulturellen im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen nachzugehen und um über die Kennzeichen eines angemessenen (Bildungs- und Kommunikations-)Rahmens, in denen interkulturelle Fragen und Phänomene adäquat thematisiert werden können, nachzudenken.

Knapp 40 Menschen kamen im April 2004 in Bielefeld zusammen und erlebten eine intensive, gleichwohl auch schwierige Tagung, da auch und

gerade bei diesem Fachgespräch die verschiedenen Momente des Themas virulent wurden, z. B. die Frage, wer für wen mit welcher Legitimation spricht, wie gesprochen wird, welche gesellschaftlichen/strukturellen Machtverhältnisse im Raum präsent sind und welche Normen unausgesprochen als Verhaltenskodex bei dieser Tagung von wem unterstellt werden.

Die Frage, wer für wen spricht, wer wen repräsentiert und welche Machtverhältnisse darin zum Ausdruck kommen, wurde zu einer wesentlichen Frage der Fachtagung und soll in diesem Text angesprochen werden.

Sprechen-Über

Häufig sind es Mehrheitsangehörige, die zu interkulturellen Themen Stellung beziehen. Diese Realität wird kaum in Frage gestellt, aber man stelle sich vor, es wären in erster Linie Männer, die auf Tagungen und Fortbildungen über Geschlechterdifferenzen sprächen, damit Karriere machten, Geld für ihre Beiträge von Instanzen erhielten, die offensichtlich ein nur geringes Interesse daran haben, dass die bestehende Ordnung, von der vorrangig Männer profitierten, verändert wird. Dieses Szenario erscheint bizarr. Aber eben eine vergleichbare Bizarrheit prägt die Realität im Bereich der deutschsprachigen Migrations- und Interkulturalitätsforschung, wobei das Groteske darin besteht, dass dieser Zustand im interkulturellen Themenfeld sehr selten problematisiert wird.

Pädagoginnen und Pädagogen als Angehörige einer natio-ethno-kulturellen Mehrheit sprechen über Minderheitenangehörige, repräsentieren sie ohne selbst in vergleichbar objektivierender Weise gesehen, besprochen oder repräsentiert zu werden. Durch diese Subjekt-Objekt-Spaltung kommt ihnen eine Macht zu, die kaum zur Disposition steht. Sprechen über Minderheitsangehörige geht häufig mit einer privilegierten Position einher, die im komfortablen Abstand einen Blick auf minoritäre Realitäten wirft. Es ist eine privilegierte Position, die den Blick auf das Objekt, auf Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit und das Sprechen über sie beeinflusst.

Wenn Heterosexuelle über Schwule oder Lesben sprechen, wenn Mehrheitsangehörige über Minderheitenangehörige schreiben, wenn das Zentrum über die Peripherie schreibt, wenn Aristokratinnen sich über Bauern unterhalten, wenn Inländer über Ausländerinnen sprechen, dann haben wir es mit einer spezifischen Situation des Aussagens zu tun. Für sie ist charakteristisch, dass sich Erfahrungs- und Selbstverständnisszusammenhang der Sprechenden von dem des Gegenübers unterscheiden. Es handelt sich um Etablierte-Außenseiter-Beziehungen (Elias & Scotson, 1993), um Beziehungen der Macht also.

Insbesondere dann, wenn sich die Sprechenden und Besprochenen/Beschriebenen in einer Etablierten-Außenseiterin-Beziehung gegenüber stehen, wird es notwendig, Fragen wie den Folgenden nachzugehen: Wie kommt das Interesse am Sprechen über die Anderen zustande? Wer formulierte den Anlass zum Sprechen? Welche Erwartungen werden daran geknüpft? Welches Bild "der Anderen" liegt der Fragestellung zugrunde? Auf welches Verständnis von "Wir" gründet sie? Wer kann von dem Sprechen profitieren und wer nicht? Für wen könnte das Sprechen eine Gefährdung darstellen und warum? Welche politischen und kulturellen Interessen werden durch die Fragestellung bestätigt? Welche Positionen werden durch das Sprechen gestärkt? Welchen Beitrag leistet das Sprechen - aufgrund seiner Begrifflichkeit und theoretischen Anlage, aufgrund des Interesses und der Ergebnisse - zur Fundierung des Diskurses über "Wir" und "Nicht-Wir"? etc.

Das objektivierende und fixierende Sprechen über Andere erzeugt Einschreibungen. "Sie beschreiben uns", lässt Salman Rushdie in den Satanischen Versen (1989) eine Romanfigur sagen, "[...] sie haben die Macht der Beschreibung, und wir sind den Bildern unterworfen, die sie sich von uns machen". Beschreibungen Anderer können ein Instrument der Unterwerfung, der Bändigung und der Domestizierung dieser Anderen darstellen. Bilder, Symbole, Aussagen sind Phänomene der Macht, welche sich - einerlei ob willentlich oder nicht - den Selbstverständnissen, Handlungsweisen und Erfahrungen einschreiben. Und diese Ein- oder Beschreibungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf diejenigen, die beschrieben werden.

Analysiert man das Sprechen-Über in psychoanalytischer Lesart, so wird deutlich, dass sowohl xenophobe als auch exotisierende Darstellungen Anderer die Anderen verfehlen. Tatsächlich dient das Sprechen-Über mehr dem psychischen Haushalt der Sprechenden; sie bewältigen durch das Sprechen eigene Ängste bezüglich der Anderen. Insofern sagt das Sprechen-Über mehr über die Sprechenden aus als über das besprochene Objekt - wiewohl das hegemoniale Sprechen darin seine Macht verwirklicht, dass es auch den Anderen glaubhaft macht, dass sie Andere sind (vgl. etwa Hall 1994). Das Sprechen-Über ist also produktiv. Es erzeugt die Anderen, denn es definiert sie, suggeriert ein wohlwollendes Verstehen, gibt Anleitungen zum Umgang und hat zugleich eine legitimierende Funktion für die eigenen Interpretationen und Umgehensweisen. Mit dieser einschreibenden Konstruktion des und der Anderen werden jene Differenzen, die das ‚wir‘ vom ‚sie‘ unterscheiden, festgeschrieben und bestätigen das eigene Wissen über den und die Andere/n.

Die Problematisierung von Repräsentationsverhältnissen

Die Gretchenfrage des Fachgesprächs lautete: Wer spricht mit welcher Legitimation und mit welcher Macht ausgestattet? Diese Frage zeugt von einer Aufmerksamkeit für pädagogisches Handeln in einer vielfältig von Differenz- und Machtlinien durchzogenen Migrationsgesellschaft. Es geht darum, das Sprechen-Können als eine Ressource zu verstehen, die unterschiedlich verteilt ist. Sprechen-Können meint hierbei nicht schlicht den Gebrauch einer Sprache, sondern eine legitime Weise des Gebrauchs, die, weil sie Wirkungen hat, Macht besitzt (vgl. etwa Castro Varela & Dhawan 2003). Die Repräsentationsfrage, um die es hier geht, also die Frage danach, wer befugt und zuständig ist, bestimmte Inhalte im Namen bestimmter Gruppen oder für diese Gruppen zu vertreten, macht deutlich, dass das sogenannte interkulturelle Handeln Bestandteil des umkämpften Bereichs der Selbst- und Fremddarstellung ist. Vieles spricht dafür, das Thema der Repräsentation als Krisenphänomen anzusehen. Es geht darum, deutlich zu machen, wo Darstellungen des Anderen, Verlautbarungen über die Fremden, Repräsentationen des Nicht-Eigenen als hegemoniale Praxen angesehen werden müssen, weil sie die sogenannten Anderen, Fremden, Nicht-Eigenen im Status von Objekten halten. Subjekte der Rede und der Diskurse sind in der Regel die Nicht-Anderen und die Nicht-Fremden. Sie sind mit Definitions- und Bildmacht ausgestattet. Es gehört unseres Erachtens zur „interkulturellen Professionalität“, wenn die Frage, wer befugt ist, über wen mit welchen Effekten zu sprechen, kritisch und von der Idee der Veränderung der Verhältnisse inspiriert, wieder und wieder gestellt wird, und zwar auf der Ebene des medial-politischen, des wissenschaftlichen Diskurses, aber auch ganz konkret mit Bezug auf pädagogische Handlungsbereiche (wer darf in einer Beratungsstelle, einer Schule über wen mit welchen Effekten sprechen?).

Wer das Thema *Sprechen-Über* problematisierend auf den interkulturellen Diskurs im deutschsprachigen Raum bezieht, macht in kritischer Absicht zum Thema, dass die interkulturelle Debatte in der Bundesrepublik immer noch durch Mehrheitsangehörige dominiert wird.

Allerdings können wir an dem Satz: „*Die interkulturelle Debatte in der Bundesrepublik wird immer noch dominiert durch Mehrheitsangehörige*“ einige (erkenntnis-)politische Probleme markieren, die entstehen, wenn die Frage der Repräsentation problematisiert wird. Zunächst wohnt jeder problematisierenden Thematisierung des Interkulturellen, insbesondere, wenn sie sich gegen Selbstverständliches und eingeschliffene Routinen richtet, ein Potenzial der vermeintlichen Destruktivität inne. Sobald die Repräsentationsfrage gestellt

wird, sobald ungleiche Verhältnisse als Hindernis einer wirksamen Thematisierung des Interkulturellen interpretiert werden, werden paradoxe Nebeneffekte virulent. Denn gerade in wohlwollenden pädagogischen Zusammenhängen scheint kein Vorwurf anmaßender zu sein als jener, dass pädagogisches Handlungsvermögen Dominanzverhältnisse wiedergebe und in diesen komplizenhaft verstrickt sei. „Dominierung“ klingt ungeheuerlich. Die Ungeheuerlichkeit wird dadurch verstärkt, dass Sätze wie *Die interkulturelle Debatte in der Bundesrepublik wird immer noch dominiert durch Mehrheitsangehörige* personalisieren. Dominanzverhältnisse werden an der (wirksamen) Position bestimmter Gruppenmitglieder festgemacht. Dies ist nun aber kein abstrakter analytischer Hinweis, sondern wirkt als eine Art von Vorwurf. Die Problematisierung von Repräsentationsverhältnissen – dann, wenn Minderheitenangehörige einfordern, für sich selbst zu sprechen – wirkt sehr schnell als Hinweis auf moralisch bewertete Versäumnisse und Fehler der konkreten bisherigen Sprecherinnen und Sprecher/Akteurinnen und Akteure (Mehrheitsangehörige). Schnell ist damit eine Situation des wechselseitigen Vorwurfs verknüpft. Neben dem Effekt der Bekräftigung von Gruppendifferenzen („die Minderheitenangehörigen“ und „die Mehrheitsangehörigen“) ist hervorhebenswert, dass mit dem moralisch gerahmten und häufig affektiv geladenen Streit die Frage aus dem Blick gerät, um die es gehen sollte: Wie ist es möglich, dass wir gerechtere Verhältnisse schaffen (wobei dieses „wir“ in einer interkulturellen Pädagogik prinzipiell unklar bleibt, ständig verhandelt, überlegt und auch revidiert werden muss).

Paradoxien

Doch noch weitere Probleme können an dem Satz von der Dominanz der Mehrheitsangehörigen erläutert werden. So wichtig und auch zutreffend die Aussage auf der Ebene einer Beschreibung ist, so schwierig ist sie mit Bezug auf ihre Wirkungen. Denn sie bestätigt die Logik, in der zwischen Minderheitenangehörigen und Mehrheitsangehörigen, zwischen Allochthonen und Autochthonen, zwischen Anderen und Nicht-Anderen unterschieden wird. Das Einfordern veränderter Repräsentationsverhältnisse tendiert zu einer Art Authentifizierung der „anderen Stimme“. So wichtig es für die Interkulturelle Pädagogik ist, Selbstrepräsentationen der Anderen ernst zu nehmen, Räume und Zusammenhänge zu schaffen, in denen Erzählungen, Erfahrungen, Handlungen der Anderen, die sie selbst zur Darstellung bringen, sichtbar und hörbar werden, so sehr muss ihr auch klar sein, dass sie damit einen Prozess unterstützen, in dem die Anderen als Andere bestätigt und ratifiziert werden. Dies könnte als pädagogisch ermöglichte Form des Selbst-Otherings bezeichnet werden. „Othering“ ist ein kritischer

Begriff, der Praxen bezeichnet, die Andere als positive, einheitliche und kommunizierbare Phänomene konstituieren und darin den und die Andere/n als Andere festschreiben. Außerdem vernachlässigt die Rede von der Dominanz Mehrheitsangehöriger andere Macht- und Differenzlinien und suggeriert damit, dass jenseits von Dimensionen wie „Klasse“ oder „Gender“ der symbolische und faktische Status, Mehrheitsangehörige oder Minderheitenangehörige zu sein, am bedeutsamsten sei, wenn es um Fragen gesellschaftlicher Unterschiede und Verteilungsverhältnisse geht. Und schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass im Zweifelsfall veränderte Repräsentationsverhältnisse als raffinierte Form der Bestätigung einer ökonomischen Logik wirken, die gelernt hat, dass es *profitabel* ist, wenn Minderheiten (womöglich sogar in ihrer Sprache) symbolisch sichtbar sind und sich äußern.

Trotz dieser bedenkenswerten Einschränkung ist es wichtig, bestehende Dominanzverhältnisse im Migrationsdiskurs zu benennen, denn, so schreibt die feministische Wissenschaftstheoretikerin Sandra Harding, die soziale Gruppe, "die in einem Fachgebiet die Möglichkeit hat, wichtige Problematiken, Konzepte, Annahmen und Hypothesen zu definieren, [hinterlässt] ihre sozialen "Fingerabdrücke" auf dem Weltbild [...], das auf den Ergebnissen der Forschungsprozesse dieses Feldes aufbaut" (1994, S. 207).

Perspektiven

(Interkultureller) Pädagogik mangelt es an Eindeutigkeit, nicht aber an Paradoxien und Dilemmata. Dies macht sie nicht obsolet, aber sie erfordert eine hohe Reflexionsbereitschaft, denn das Wissen um Paradoxien und Dilemmata vermag nicht vor ihnen zu schützen, verhindert aber gegebenenfalls ein böses Erwachen.

Die Frage „Wer spricht?“ kann in diesem Sinne als ein Einstieg in eine weiterführende interkulturelle Debatte verstanden werden, die zugleich praktisch herunter gebrochen werden kann. Die von Wolfgang Hinz Rommel entwickelte „Checkliste Interkultureller sozialer Arbeit“ (vgl. PDF-Datei unter www.ida-nrw.de) geht beispielsweise dieser Frage nach und liefert einen Leitfaden zur Auseinandersetzung mit diesem Thema in der eigenen Institution.

An den skizzierten praktischen Problemen und prinzipiellen Dilemmata - die während des Fachgesprächs als Themen, aber auch als konkrete Erfahrungen sichtbar wurden - ist implizit vielleicht zweierlei deutlich geworden: Es braucht spezifischer didaktischer Überlegungen, die konstruktive Möglichkeiten der Thematisierung der Repräsentationsfrage erkunden. Diese interkulturell pädagogische Didaktik würde in Rechnung stellen, dass die Thematisierung der Frage, wer über wen spricht, einen bestimmten Kontext der Kritik, die nicht moralisierend ist, benötigt, damit die Ausein-

andersetzung konstruktiv verlaufen kann. Und es gibt keinen „Königsweg“. Denn jede Lösung, jede strategische Praxis operiert mit (neuen / anderen) Einseitigkeiten und Verkürzungen. Jede pädagogische Praxis produziert (neue) Ausschlüsse. Deshalb macht *die Problematisierung der Repräsentationsfrage* deutlich, dass sich interkulturelles Tun nicht aus der ständigen Notwendigkeit der (selbst)reflexiven Auseinandersetzung entlassen kann.

Hierbei ist es aber wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Reflexivität von pädagogisch Handelnden nicht schlicht einforderbar ist, sondern einer bestimmten Ausbildung (an Hochschulen und in der Weiter- und Fortbildung von Haupt- und Ehrenamtlichen) bedarf, die eine Auseinandersetzung mit „Interkulturalität“ als Einübung in Reflexivität versteht und weniger Handlungsrezepte anbietet. Zweitens muss die Frage der Beschaffenheit der institutionellen Orte, an denen pädagogisches Handeln stattfindet, zum Thema werden. Reflexivität stellt dann eine sinnvolle Grundlage pädagogischen Handelns dar, wenn dieses im und am Ort des Handelns einen Resonanzraum findet. Reflexives Handeln bedarf reflexiver Orte. An diesen Orten könnten folgende Fragen sinnvoll gestellt werden:

- In welcher Weise schließt das pädagogische Tun/der pädagogische Ort die (natio-ethno-kulturell) Anderen aus?
- In welcher Weise produziert das pädagogische Tun die (natio-ethno-kulturell) Anderen?
- Wie könnte an diesem pädagogischen Ort ein kommunikatives Einbeziehen der (natio-ethno-kulturell) Anderen aussehen, der sie nicht nötigt, sich als Andere darzustellen, und zugleich die Freiheit gewährt, sich als Andere darzustellen?

Literatur

Castro Varela, María do Mar / Dhawan, Nikita (2003): Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik. In: H. Steyerl & E. G. Rodriguez (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik (S. 270 - 290), Münster: Unrast-Verlag.

Elias, Norbert & Scotson, John (1993): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hall, Stuart (1994): Kulturelle Identität und Diaspora. In: ders.: Rassismus und kulturelle Identität, Ausgewählte Schriften 2. Hamburg, Argument-Verlag.

Harding, Sandra (1994): Das Geschlecht des Wissens, Frankfurt/New York: Campus.

Rushdie, Salman (1989): Die Satanischen Verse. Artikel 19 Verlag.

Anne Broden arbeitet als Projektleiterin des IDA-NRW.

Dr. Paul Mecheril ist Hochschuldozent an der Pädagogischen Fakultät der Universität Bielefeld.

Die Arbeit von IDA-NRW ...

... aus der Sicht des Ministeriums Interview mit Klaus Schäfer

„Überblick“: Welche gesellschaftliche/politische Realität hat Sie Anfang der 1990er Jahre bewegt, über eine Einrichtung wie IDA-NRW nachzudenken und sich für ihre Realisierung einzusetzen?

Klaus Schäfer: Die Anregung, auch in Nordrhein-Westfalen die bereits auf der Bundesebene erfolgreich begonnene Beratung und Unterstützung von Institutionen der Bildung und Erziehung (z. B. Jugendarbeit und Schulen) durch eine Informations- und Dokumentationsstelle zu verstärken, geschah vor dem Hintergrund der - damals jedenfalls - gewachsenen Ausländerfeindlichkeit auch in Nordrhein-Westfalen. Ich erinnere daran, dass im Jahre 1993 der verheerende Brandanschlag in Solingen passierte und in Nordrhein-Westfalen - aber auch bundesweit - eine intensive Diskussion darüber einsetzte, wie dies zukünftig verhindert werden und wie ein demokratisches Klima und Bewusstsein gesichert werden könne.

Es stellten sich Fragen, z. B. wie eine Präventionsarbeit aussehen müsse; wie sich das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft gestalten ließe; welche Ansätze vor Ort bestünden, die weiter transportiert werden müssten; welche Beratungs- und Unterstützungsaktivitäten in einer Antidiskriminierungsarbeit gerade in den pädagogischen Institutionen erfolgen sollten.

Deshalb hat das Jugendministerium angeregt, eine solche Informations- und Dokumentationsstelle auch in Nordrhein-Westfalen einzurichten. Ich bin dankbar, dass die Jugendverbände durch den Landesjugendring diese Aufgaben angenommen haben.

Ziele einer solchen Stelle sollten sein:

- Über Aktivitäten und Ereignisse mit rechts-extremem bzw. rassistischem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen zu informieren;
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, der Schulen, der Weiterbildungsstellen etc. zu beraten und bei der Qualifizierung der Fachkräfte zu unterstützen;
- Publikationen zu erstellen und Veranstaltungen durchzuführen sowie durch Kooperation mit gesellschaftlichen Einrichtungen die Antirassismusbearbeitung zu fördern.

Haben sich die Erwartungen und Hoffnungen, die Sie mit dieser Einrichtung verknüpft haben, erfüllt?

Jeder Anfang ist schwer. So war es auch mit der Umsetzung dieses Projektes. Inzwischen aber lässt sich sagen, dass IDA-NRW ein vorbildliches Netzwerk gemeinsamer Information, Unterstützung und Kooperation aufgebaut hat und durch

die enge Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden, örtlichen Arbeitsgemeinschaften, dem Kinder- und Jugendschutz sowie dem Arbeitskreis Ruhr ein wirksames Netz an Unterstützungsaktivitäten entwickelt hat.

Besonders hervorheben möchte ich die vielfältigen Publikationen, Informationsbroschüren, Veranstaltungen, aber auch die Präsenz von IDA-NRW in der Praxis, bei den Trägern und die zahlreichen Kontakte zu den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiter und andere Fachkräfte, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben, sie können auf IDA-NRW setzen und die erforderliche Information und Beratung einholen.

Wie schätzen Sie die Arbeit von IDA-NRW heute ein?

In der gesellschaftlichen Diskussion hat der Rechtsextremismus und der Rassismus scheinbar an Bedeutung verloren. Jedenfalls zeigt sich bei jungen Menschen eine erhebliche Resistenz gegen solche Entwicklungen. Das ist sicher ein überaus großer pädagogischer Erfolg. Dennoch, wenn man genauer hingeschaut, gibt es weiterhin Ereignisse, die rassistischen Charakter haben. Man wird hierbei auf Produkte stoßen, die rassistische und rechtsextreme Aussagen und Bilder aufweisen und zu Gewalt aufrufen. Ganz besonders im Internet.

Hier wird IDA-NRW weiter gefordert sein, so intensiv wie möglich auf diese Quellen aufmerksam zu machen und insbesondere Konzepte zu entwickeln, mit deren Hilfe präventiv gegengesteuert werden kann. Der Kontakt zur Schule dürfte hier besonders wichtig sein. Information und Aufklärungsarbeit bleibt daher ein wichtiges Postulat für die Arbeit von IDA-NRW.

Was erhoffen Sie sich von der Arbeit des IDA-NRW in den nächsten zehn Jahren?

Angesichts der aktuellen Entwicklung ist es schwer, auf zehn Jahre hinaus die Arbeit von IDA-NRW zu beschreiben und auch Hoffnungen zum Ausdruck bringen. Zu schnell ändern sich gesellschaftliche Realitäten, Kindheit und Jugendphase wandeln sich, Risiken und Gefährdungen und auch neue Chancen und Möglichkeiten in der Erziehung und Bildung junger Menschen entstehen.

Mir ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Arbeit von IDA-NRW in den nächsten Jahren dazu dienen sollte, mit dazu beizutragen, dass die gesellschaftliche Sensibilität für Fragen des Antirassismus und des Abbaus von Gewalt steigt. Die Gefährdungen, die entstehen (z. B. auch durch die rechte Musikszene), müssen nach wie vor aktiv bekämpft werden. Gemeinsam mit den Organisationen der Jugendarbeit, den Schulen und anderen Institutionen der Erziehung und Bildung sollten pädagogische Handlungskonzepte entwickelt werden, die auch mit jüngeren Kindern eine Prä-

ventions- und Aufklärungsarbeit erlauben. Insofern ist die Aktivität von IDA-NRW als Teil politischer Bildung einzuordnen, die - so hoffe ich - auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Standbein in der Kinder- und Jugendarbeit sein wird.

Vielen Dank für das Gespräch.

Klaus Schäfer ist Leiter der Abteilung Jugend des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW.

... aus der Sicht des Vorstands

Thilo Scholle

Zu welch erschütternden Ergebnissen Rassismus und Rechtsextremismus führen können, wird uns seit langem auf tragische Weise täglich gezeigt. Es vergeht kein Jahr, in dem nicht Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Sprache oder ihres Glaubens umgebracht oder schwer verletzt werden.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, bedarf es vieler Mittel. Der Ausgrenzung von Menschen zu begegnen und allen Menschen die Perspektive auf ein gutes und friedliches Zusammenleben zu bieten, erfordert große Anstrengungen nicht nur der Politik, sondern ist eine Aufgabe, der sich alle gesellschaftlichen Gruppen stellen müssen.

Die erste Welle rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung fand mit dem Brandanschlag von Solingen im Jahr 1993 einen traurigen Höhepunkt. Mit der Einrichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums zur Beratung und Vernetzung der Jugendarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus reagierte die Landesregierung u. a. auf diese Anschläge. Das Zentrum wurde als Landesprojekt dem bundesweit agierenden IDA e. V. - einer Fachstelle von bundesweit organisierten Jugendverbänden - angegliedert. Mittlerweile besteht IDA-NRW seit zehn Jahren und hat sich als Fachstelle zur Antirassismusbearbeitung etabliert.

Welche Rolle spielt IDA NRW in den Anstrengungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus? Die öffentliche Wahrnehmung der Gefährlichkeit rassistischer Tendenzen in der Gesellschaft ist äußerst "konjunkturabhängig". IDA NRW leistet beispielsweise mit dem "Überblick" eine kontinuierliche Beobachtung dieses Problems. Vor allem aber legt IDA NRW einen Schwerpunkt auf die Frage, wie solchen Tendenzen begegnet werden kann. Gerade die antirassistische und interkulturelle Jugendarbeit kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und rassistischem Gedankengut den Nährboden zu entziehen. Es zeichnet IDA-NRW aus, auch in Zeiten, in denen die öffentliche Wahrnehmung nicht auf Rassismus und Rechtsextremismus gerichtet ist, mit Tagungen, Workshops, Broschüren und Internetpräsentation

antizyklisch „am Ball zu bleiben“. In den vergangenen fünf Jahren hat sich das Informations- und Dokumentationszentrum ein weiteres Standbein erworben: das Werben für neue Ansätze interkultureller Pädagogik sowie die Vernetzung von Wissenschaft und Praxis in diesem Themenfeld.

Dass es IDA NRW seit zehn Jahren gibt, ist ein Verdienst aller am Projekt Beteiligten, der Projektmitarbeiterinnen, des Beirats von IDA-NRW, der Geschäftsführung, des Vorstandes des IDA e. V. und nicht zuletzt auch des Jugendministeriums durch seine Initiative und kontinuierliche Förderung. Dass die Arbeit auch in Zeiten knapper Kassen für die Zukunft gesichert bleibt, ist eine stete Aufgabe.

Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz - solches Gedankengut darf sich in Deutschland nicht weiter ausbreiten. Dazu leistete und leistet IDA NRW einen wichtigen Beitrag.

Thilo Scholle ist IDA-NRW Beauftragter des Vorstands von IDA e. V.

... aus der Sicht des damaligen Vorstandsvorsitzenden

Volker Roßocha

Hoyerswerder, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen, Namen von Orten, die in den Jahren 1992/93 durch rechtsextremistische und fremdenfeindliche Anschläge bekannt wurden. Anschläge, die nur die Spitze eines Eisberges aus Intoleranz und Ausgrenzung gegenüber Minderheiten und MigrantInnen darstellen. Die alltäglichen Anfeindungen und Diskriminierungen werden in diesem Zeitraum der fast unvorstellbaren Bilder kaum noch wahrgenommen. Medien und Politik suchen nach Schuldigen, aber nicht nach der eigenen Verantwortung. Sie finden sie schnell, bei den Jugendlichen, bei den Ostdeutschen und bei den AusländerInnen selbst, die als AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland Schutz suchen.

Nur wenige Organisationen, wie die Sport- oder die Gewerkschaftsjugend, hatten bereits vor der deutschen Einheit auf einen Anstieg fremdenfeindlicher und ausgrenzender Einstellungen in der Bevölkerung und bei der eigenen Mitgliedschaft aufmerksam gemacht und eigene Aktionen für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen entwickelt. Der DGB-nahe Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ (bereits Mitte der 1980er Jahre gegründet) und Aktionen mit Fan-Gruppen stehen für ihre Aktivitäten. Aus der Mitte dieser beiden Verbände wurde Anfang 1989 die Idee einer gemeinsamen Plattform zur Unterstützung der Aktivitäten der Jugendverbände gegen Fremdenfeindlichkeit geboren und im Juni

des gleichen Jahres in einem Werkstattgespräch der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach sieben weiteren Monaten der Vorbereitung konnte dann am 17. Januar 1990 IDA als Verein von Jugendorganisationen aus dem Deutschen Bundesjugendring, dem Ring politischer Jugend, der Sportjugend und dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“, gegründet werden.

Die erste Phase der Einrichtung des von den Jugendverbänden getragenen Vereins mit dem langen Namen „Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e. V.“ war Anfang 1993 nach zwei Jahren der Unsicherheit überstanden. Auch wenn die Finanzierung der Geschäftsstelle auf wackligen Füßen stand, so konnten die Ziele und Aufgaben in dieser ersten Zeit deutlicher als bisher herausgearbeitet werden:

IDA bereitet nicht einfach Informationen auf und gibt sie weiter. IDA will die Jugendverbände, aber auch darüber hinaus andere Träger von Jugend- und Antirassismuarbeit unterstützen. Dazu muss IDA auch Fragestellungen aufgreifen, die nicht immer im Mainstream der Organisationen stehen oder gar als Kritik gewertet werden können. Fragt man heute nach der Partizipation ausländischer Jugendlicher in den Jugendverbänden, so löst dies im Gegensatz zu 1993 kein Erstaunen aus. Mit dem Versuch einer entsprechenden Abfrage zur Vorbereitung eines Readers war IDA damals der Zeit weit voraus. Die Forderung nach der Interkulturellen Öffnung von Organisationen und Einrichtungen kam erst viel später.

Auch in den Debatten um eine mögliche Zusammenarbeit mit Gruppen und Initiativen aus den neuen Bundesländern ernteten die IDA-Leute eher ein mildes Lächeln statt Unterstützung. Dennoch schickte sich IDA Mitte 1993 an, gemeinsam mit regionalen Gruppen und mit Unterstützung der Stadt Chemnitz eine Initiativentagung zu organisieren. Unter dem Titel „Forum für Akzeptanz und Toleranz Anderer: ein Erfahrungsaustausch der Jugendverbände und -initiativen in den neuen Bundesländern“ wurde im Rathaus von Chemnitz diskutiert und informiert. Als Ergebnis stand fest: Für die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für die Durchsetzung demokratischer Wertorientierungen sind differenzierte, auf die jeweilige regionale Situation zugeschnittene Informations- und Beratungsangebote erforderlich.

Zeitgleich mit der Entwicklung bei IDA wurden die rassistischen Anschläge des Jahres 1992 auch in der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sehr ernst genommen. Nach Diskussionen in den Ministerien kam das Kabinett im März 1993 - zwei Monate vor dem Brandanschlag in Solingen - zur Erkenntnis, dass die bislang weitgehend unkoor-

dinierten und teils in ihrer Zielsetzung auch widersprüchlichen Aktivitäten von Organisationen, Vereinen und Kommunen unterstützt, zusammengefasst und qualifiziert werden müssten. Der Schock des Brandanschlags vom 29. Mai 1993 in Solingen saß tief. In der Landespolitik standen zunächst die Fragen polizeilicher und strafrechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung rechts-extremer Gewalt und die Verbesserung des Schutzes potenzieller Opfer im Vordergrund. Dennoch, es blieb bei der Erkenntnis, dass präventive Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer und toleranter Grundhaltungen erforderlich sind. Die unterschiedlichen Träger von Maßnahmen mussten von ihren Aktionen gegenseitig profitieren können, dazu mussten erhebliche Informations- und Kommunikationsdefizite beseitigt werden, so die Auffassung des Arbeitsministeriums zur Umsetzung der Kabinettsentscheidung vom März 1993.

In einem ersten Sondierungsgespräch der Landesregierung (u. a. Staatskanzlei und Arbeitsministerium) mit dem Vorstand von IDA Ende September wurden die Vorstellungen des Landes und der des IDA-Vorstandes ausgetauscht. „Die Erstellung eines regelmäßigen Info-Dienstes, die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr) und die Durchführung von Fachtagen für Multiplikatoren“ seien die drei Hauptanforderungen der Landesregierung an eine Informations-, Dokumentations- und Kooperationsstelle in NRW. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht klar, ob eine neue Organisation aufgebaut werden oder eine bestehende Einrichtung die angeforderten Aktivitäten durch sollte.

An dieser Stelle muss eingeschoben werden, dass - wie immer in politischen Auseinandersetzungen - auch bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unterschiedliche Organisationen divergierende, teils sich ausschließende Auffassungen über den besten Weg einnahmen. So auch hier: Die Kabinettsentscheidung im März rief verschiedene Gruppen und Organisationen auf den Plan, die sich eine Förderung ihrer Aktivitäten und ihres politischen Ansatzes erhofften. Dabei wurden eigene Interessen nicht öffentlich geäußert, sondern in politischen Diskussionen verschleiert.

Weitere Gespräche mit der Landesregierung und mit den Jugendorganisationen in NRW folgten, die Konzeption für ein landesweites Informationszentrum wurde ausgefeilt und die Überlegungen für einen Beirat und seine Besetzung fortgesetzt.

Am 30. März 1994 schließlich wurde der Antrag an die Landesregierung zur Einrichtung einer „Informations-, Dokumentations- und Koopera-

tionsstelle-NRW“ gestellt. Diese sollte das Ziel haben, eine Basis zu schaffen, „um jugendrelevante Einrichtungen aktiv anzuregen, in diesem Bereich tätig zu werden, um Kindern und Jugendlichen möglichst früh Alternativen zu Gewalt und Rassismus anzubieten“, damit ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Kulturen befördert werden könne.

IDA-NRW wurde zum ersten Juli eingerichtet. Das „Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ des Landes Nordrhein-Westfalen übernahm die Förderung von Anschaffungen und laufenden Maßnahmen zunächst für das zweite Halbjahr 1994. Der Vorstand entschied über die Projektleitung, die Susan Zimmer übernahm, so dass mit den Umsetzungsaktivitäten und der Arbeitsplanung umgehend begonnen werden konnte.

Die Herausforderung, die in der Zielsetzung des Projektes steckt, war von Anfang an sehr hoch angesetzt, machte sie doch eine intensive Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Organisationen notwendig, die gerade erst anfangen, sich tiefer mit den Themen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auseinander zu setzen. Von daher waren insbesondere die Einrichtung des Beirates und die Kontakte zum Landesjugendring von großer Bedeutung. Die Unstimmigkeiten hinsichtlich der Zusammensetzung des Beirates konnten Anfang 1995 beseitigt werden, so dass er sich am 25. April 1995 konstituierte. Prof. Wilhelm Heitmeyer, Vertreter des Landesjugendrings, der Partei-jugendorganisationen, der RAA und der Sportjugend konnten für die Mitarbeit gewonnen werden.

Mit der Einrichtung des Beirates und der kleinen Kommission, die für die regelmäßigen Abstimmungen zwischen Beirat und Geschäftsstelle verantwortlich zeichnete, ging ein erstes Kapitel der Einrichtung und der Arbeit von IDA-NRW zu Ende. Ein Kapitel, dessen Beginn eine vage Idee von einer regionalen Stelle zur Unterstützung der Jugendarbeit darstellte und nach ungefähr zwei Jahren realisiert werden konnte. Wer allerdings meint, damit sei bereits eine festgefügte Organisation entstanden, kennt die Jugendarbeit und die Förderlandschaft in Deutschland nicht.

Statt kontinuierlich die Jugendarbeit - insbesondere auch die Präventionsmaßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus - zu unterstützen, werden Anschläge oder auch die öffentliche Debatte zum Anlass genommen, immer wieder neue Programme und Förderkonzepte zu entwickeln, deren Projekte häufig den selbst- oder fremdbestimmten Zielsetzungen nicht gerecht werden konnten. Eine kontinuierliche Förderung der Strukturen der Organisationen und deren Aktivitäten soll nicht zur Verknöcherung führen, sie

ist aber notwendig für eine anhaltende präventive Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie ist notwendig, um gerade auch Partizipations- und Aktionsmöglichkeiten für bislang ausgegrenzte Minderheiten und MigrantInnen zu schaffen. Daher sei an dieser Stelle der Dank nicht nur an die Geschäftsstelle, den Vorstand, den Beirat von IDA und IDA-NRW für ihren unermüdlichen Einsatz für den Erhalt einer Informations-, Dokumentationsstelle NRW ausgesprochen, sondern auch an die Landesregierung und die Förderer zunächst im Arbeits- und Sozialministerium, seit Jahren nun im Jugendministerium.

Jedenfalls ist NRW bislang das einzige Bundesland geblieben, dessen Landesregierung ein umfassendes Aktionsprogramm verabschiedet hat, in dem IDA-NRW und seine Aktivitäten angemessen berücksichtigt wurden.

Ich würde mir wünschen, dass auch andere Landesregierungen die Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nur dann in den Fokus ihrer Debatten schieben, wenn wieder einmal Anschläge verübt wurden, sondern dass sie diese Auseinandersetzung als Querschnittspolitik begreifen und eine Mainstreamingstrategie beschließen, in der auch die Informations-, Dokumentations- und Unterstützungsaktivitäten eine Kooperationsstelle finden.

Volker Roßocha ist Leiter des Referats Migrationspolitik beim DGB Bundesvorstand und war 1994 Vorsitzender des IDA.

... aus der Sicht einer ehemaligen Projektleiterin und Geschäftsführerin

Ulla Siebert

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen wird zehn Jahre alt - Anlass genug, um zurückzublicken, Resümee zu ziehen und einen Blick nach vorn zu werfen. Aufgabe von IDA-NRW ist es, über Rassismus und Rechtsextremismus, über pädagogische Konzepte und innovative Projekte gegen rechts oder über wissenschaftliche Erklärungsansätze zu rassistischen Einstellungen zu informieren, Betroffene zu beraten und Interessierte zu vernetzen. IDA-NRW initiiert Debatten über den Multi-Kulti-Diskurs, diskutiert über islamischen Fundamentalismus an Schulen oder über die Integration von MigrantInnen in die Jugendverbandsarbeit.

Zunächst insbesondere auf VertreterInnen von Jugendverbänden in Nordrhein-Westfalen gerichtet, sind die Zielgruppen des IDA-NRW inzwischen erfreulicherweise vielfältiger geworden: Jugendhilfe, Jugendarbeit, Schule und Sozialar-

beit sind längst Partner im Engagement gegen rechts. MultiplikatorInnen in der Bildungsarbeit, VertreterInnen von MigrantInnenverbänden, HochschullehrerInnen, Studierende oder Politiker interessieren sich zunehmend für die Arbeit des IDA-NRW und arbeiten mit ihm zusammen. IDA-NRW hat sich zu einer kompetenten Adresse in Fragen von Rassismus, Rechtsextremismus, Interkulturalität und Einwanderungsgesellschaft entwickelt und ist aus dem Netzwerk antirassistischer Initiativen und Informationsstellen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr wegzudenken - und zwar trotz der anfänglichen Legitimationsprobleme (ist es die Aufgabe von IDA-NRW, ausschließlich Zusammenarbeit für Jugendverbände zu leisten oder dürfen auch andere von dem Angebot profitieren?), der Finanzierungsunsicherheiten (eine Projektförderung ist immer endlich), der Fragen der institutionellen Anbindung (bei IDA e. V. oder beim Landesjugendring NRW?) und der zunehmenden Konkurrenz durch andere Institutionen und Initiativen (etwa durch das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen, durch ARIC NRW oder nicht zuletzt durch IDA e. V. selbst mit bundesweitem Anspruch). IDA-NRW hat sein Format gefunden - mein Glückwunsch dafür!

Wie geht es nun weiter? Vor welchen Herausforderungen steht die Antirassismusbearbeitung, wie und wozu sollte IDA-NRW zukünftig arbeiten? Ich möchte IDA-NRW ermuntern, sich neben seinem ‚Kerngeschäft‘ zukünftig auch und vermehrt mit folgenden Themen zu beschäftigen:

- Erinnerung und historisches Bewusstsein differenzieren: Vor dem Hintergrund von Einwanderungsgesellschaft und Globalisierung stellt sich Geschichte, vor allem die jüngste deutsche Geschichte, für Jugendliche unterschiedlicher Herkunft völlig verschieden dar. Unterschiedliche Erfahrungshorizonte und Geschichtsdeutungen und ihr Zusammenhang mit Anerkennungspolitik werden ein zunehmend wichtiges Thema. Gibt es einen neuen Antisemitismus in Europa und wer sind die Täter?
- Kulturalisierungen dekonstruieren: Die Grenze zwischen „Uns, den Einheimischen“ und „Ihnen, den Zugewanderten“ ist nicht erst seit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht nicht mehr eindeutig zu ziehen. Auch die Kultur ist nicht wirklich das, was uns trennt. Neue Grenzlinien verlaufen vielmehr zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern, zwischen denen, die Aus-/Bildung und Arbeit haben und denen, die sie nicht (mehr) haben, zwischen denen also, die (noch) dazu gehören, und denen, die nicht (mehr) dazu gehören. Nicht der Dialog der Kulturen, sondern Chancengleichheit, Zugang zu Ressourcen und Anerkennungsstrategien müssen

die zentralen Anliegen auch in der Multikulti-Debatte werden.

- ‚Gender‘ als zentrale Kategorie in der Rassismusanalyse und im antirassistischen Diskurs berücksichtigen: Rassismus und Antisemitismus wirken sich auf weibliche und männliche Opfer unterschiedlich aus, diese gehen in der Regel unterschiedlich mit Diskriminierung um und wählen unterschiedliche Verarbeitungsstrategien. Entsprechend differenzierte Empowermentstrategien gegen Diskriminierung - insbesondere für junge Frauen - zu fördern, scheint mir eine wichtige und lohnenswerte Aufgabe für IDA-NRW.
- Konfliktkompetenz stärken: Jugendliche, aber auch BetreuerInnen, Lehrer, JugendverbandsvertreterInnen und Sozialarbeiter sind zunehmend mit der Pluralität der Lebensstile, mit Differenzen und Diversity auf unterschiedlichen Ebenen konfrontiert. Täglich entstehen Konflikte, die durch die Beschwörung von kultureller Vielfalt nicht verschwinden: Unterschiede auszuhalten, Konflikte zu erkennen und einvernehmlich zu schlichten, unterschiedliche Positionen zu berücksichtigen und Kompromisse zu finden sind Fähigkeiten, die trainiert werden müssen. IDA-NRW sollte dafür werben und Unterstützung anbieten.

Was könnte ich dem Informationszentrum für Antirassismusbearbeitung anderes wünschen, als sich mittelfristig selbst überflüssig zu machen, weil sein Gegenstand verschwunden ist ... Bis dahin wünsche ich dem IDA-NRW-Team weiterhin Beharrlichkeit, Motivation und Inspiration; möge Euch die Arbeit trotz des ersten Themas auch weiterhin Spaß machen!

Dr. Ulla Siebert war von 1998-1999 Leiterin des IDA-NRW-Projekts und anschließend bis 2001 Geschäftsführerin des IDA e. V. Heute hat sie die Leitung des Studienwerkes der Heinrich Böll Stiftung inne.

... aus der Sicht des AK Ruhr

Dieter Jablonski

Als IDA gegründet wurde

„Nun wissen alle alles. Seit Rostock kann niemand mehr sagen, er habe nichts gewusst.“ Das sagte Bettina Wegner, Liedermacherin aus der ehemaligen DDR, als im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen in aller Öffentlichkeit eine regelrechte Hetzjagd auf Ausländer verübt wurde.

Rostock aber war kein Einzelfall und rechtsextreme Gewalt ist alles andere als ein ostdeutsches Phänomen. Der Brandanschlag von Solingen und viele andere rechtsextreme Gewalttaten in ganz Deutschland sind uns aus jener Zeit in schmerzhafter Erinnerung geblieben. Damals,

vor rund zehn Jahren, wurde IDA-NRW, das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirasismuserbeit in Nordrhein-Westfalen, gegründet. Sehr viele Bürger wehren sich damals gegen die rechte Gewalt. Gehen aus Protest auf die Straße. Es entwickelt sich eine neue, intelligente Protestkultur ohne den erhobenen moralischen Zeigefinger. Rechte Gewalt wird nicht mehr nur als Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte gesehen, sondern auch als ökonomische Bedrohung.

Markthändler besetzen die Wochenmärkte, obwohl kein Markttag ist. Sie tun es, weil an dem Tag ein rechter Aufmarsch geplant ist.

Plakate an die „Rechten“ gerichtet: „Ihr glaubt noch, die Erde ist eine Scheibe“.

Der Standort Deutschland ist gefährdet.

Staatliche Programme werden installiert. Sie sollen unsere Jugend auf den richtigen Weg bringen. Wenn eine zeitlang genug Geld in die Hand genommen wird, werden wir das Problem schon in den Griff bekommen und dann kehrt wieder Ruhe ein, dachten viele.

Die Menschen fürchten in jener Zeit wieder einmal, rechtsextreme Parteien könnten in den Bundestag gewählt werden. Das ist damals nicht geschehen, obwohl manche Wahlergebnisse diese Befürchtung verstärkt haben. Auch heute, wo sich bei Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland ein immer größeres Protestwählerverhalten abzeichnet, scheinen die Parlamente von rechtsextremen Parteien verschont zu bleiben. Die Demokratie scheint der Bedrohung durch rechte Parteien gewachsen zu sein.

Ein Plädoyer für die Zukunft

Auch zukünftig werden wir in Deutschland mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt umgehen müssen.

Wir alle müssen durch ein Maximum an Solidarität diese Gefahren auf ein solches Maß zurückdrängen, dass es allen Menschen in unserer Gesellschaft möglich wird, sich ohne Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt frei zu entfalten.

Für unsere Gesellschaft ist das auch eine ökonomische Bewährungsprobe. Die demographische Entwicklung zeigt, dass unsere Volkswirtschaft in den kommenden Jahren auf Menschen aus dem Ausland angewiesen sein wird. Unsere gemeinsame Herausforderung besteht deshalb darin, Zuwanderung und soziale Integration zu organisieren und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen vor rechten Angriffen zu bewahren.

Im Ballungsraum Ruhrgebiet wird sich dieser Prozess sehr deutlich beobachten lassen. Hier könnte ein Modell Ruhrgebiet entstehen.

Pädagogische Arbeit im Wandel

Die Erziehung der Menschen zu demokratischen Grundwerten war eine der zentralen Herausforderungen bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst gab es aber keine wirklich dafür geeigneten pädagogischen Programme. Mitarbeiter in der Jugendarbeit tun damals das, was sie vor Ort für richtig halten. Überwiegend zeigen sie das Grauen der Konzentrationslager und glauben, die Jugend und auch die Erwachsenen werden daraus den Antrieb entwickeln, totalitäre Gewalt für alle Zeiten zu verhindern. Das erweist sich als Irrtum.

Schließlich gibt es Ergebnisse aus der Forschung, aus denen sich eine bessere Praxis mit Kindern und Jugendlichen entwickelt. Nur die Erwachsenen bleiben bei der Bildung außen vor.

Öffentliche Förderprogramme mit teilweise hohen Fördermitteln geben die Chance, auch großflächig zu arbeiten.

Heute wissen wir: Öffentliche Programme allein helfen nur bedingt weiter. Das Problem Rechts extremismus & Fremdenhass muss von vielen Bürgern auch in seinen verschlüsselten Botschaften erkannt und individuelle Gegenstrategien müssen entwickelt werden. Das erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik, die nicht zentral „verordnet“ werden kann.

Wir brauchen dazu Bürgernetzwerke vor Ort, die beweglich sind und schnell dagegenhalten können. Roland Roth hat erklärt, wie bürgerschaftliches Engagement gegen Rechts funktionieren kann.

Diese Netzwerke brauchen finanzielle und ideelle Starthilfen. Sie müssen durch Bildungsträger vor Ort kontinuierlich unterstützt werden.

Natürlich brauchen wir auch weiterhin „öffentliche Projekte“ und entsprechende Förderprogramme. Ohne eine solide finanzielle Basis sind BürgerInnen, LehrerInnen und JugendarbeiterInnen schnell abgehängt, möglicherweise ohne Medienpräsenz und das Vergessen, Verleugnen und Verdrängen der Vergangenheit kann die Folge sein.

Programme müssen evaluiert werden, um sie in vergleichbaren Situationen anwenden zu können, damit nicht jede oder jeder vor Ort von vorne beginnen muss.

Die Arbeit muss noch viel stärker bei den ganz Kleinen im Kindergarten beginnen. Hier lohnt es, einen Blick in das Programm „Kinderwelten“ zu werfen.

Es reicht nicht aus, „rechte Jugendliche“ einfach auszugrenzen. Individuelle Akzeptanz und der Aufbau tragfähiger Beziehungen sind die Voraussetzungen, um Denkmuster zu verändern.

Natürlich sind auch gesellschaftliche Bedingungen wie Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie eine gerechte Verteilung von Existenzchancen besonders für junge Menschen einzufordern und zu fördern.

Es ist wichtig, Jugendarbeit im Umgang mit jungen Rechten zu stärken. Fortbildung und Kontinuität sind hier die Stichworte. Viele Förderprogramme können nur schlecht umgesetzt werden, weil Geld wohl zu bekommen ist, aber die MitarbeiterInnen vielfach nicht wissen, welchen Zielen sie folgen sollen und welche Methode die richtige ist.

Elternarbeit ist nicht vorhanden oder wird vernachlässigt. Eltern, deren Kinder ins rechte Lager rutschen, sind ratlos, haben Angst vor der Nachbarschaft. Wir brauchen anonyme Elternhilfen.

Die Didaktik gehört auf den Prüfstand. Stoffvermittlung allein durch Referate bringt am Ende zu wenig Nachhaltigkeit. Selber tun, Gehörtes trainieren, um es anwenden zu können, sollte verstärkt angeboten werden. Die Praxis steckt noch viel zu viel in alten Schuhen.

Statistiken und auch Erfahrungen vor Ort zeigen, dass ein großer Teil der Erwachsenen unbelehrbar an latent-rechtsextremen Deutungsmustern festzuhalten scheint. Hier hilft nur entschlossenes Entgegenreten und Zivilcourage. Auch in den Medien müsste dieses Thema besser aufgearbeitet werden!

IDA-NRW, ein Netzwerk von Bedeutung

Mit IDA-NRW und besonders dem Beirat ist ein nützlicher Knoten im Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus entstanden. Die Möglichkeit zu erfahren, was andere gerade in ihrem Feld tun, schafft Sicherheit im Handeln, bedeutet Schubkraft für die Alltagsarbeit und zeigt, hier steht man nicht allein.

Hervorzuheben ist die Zusammensetzung des Beirates, weil hier Menschen aus sehr unterschiedlichen Arbeitsgebieten zusammen kommen.

Der Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK-Ruhr) durfte von Anfang an mithelfen, dieses Netzwerk zu knüpfen. Dafür vielen Dank.

Wir wünschen IDA-NRW Ausdauer und Erfolg bei der weiteren Arbeit und vor allem wünschen wir uns für die gemeinsame Arbeit, dass wir nicht allein *tatenarm und gedankenvoll* sind, wie Hölderlin das deutsche Volk sieht, sondern *verantwortungsvoll und couragiert* für ein soziales Miteinander eintreten.

Dieter Jablonski ist Geschäftsführer des AK Ruhr. Er vertritt den Arbeitskreis im Beirat von IDA-NRW.

... aus der Sicht einiger Kooperationspartnerinnen und -partner

Beate Kuhn, SJD - Die Falken

Liebes IDA-NRW,

(oder wie beginnt man ein Grußwort)?

Als Mitglied eines Mitgliedsverbandes (SJD - Die Falken) gratuliere ich herzlich zum Geburtstag. Für uns Falken aus Merkstein bei Aachen hat sich IDA-NRW als sehr nützlich erwiesen, als wir zur Erstellung einer Power-Point-Präsentation zum Thema Rassismus Informationsmaterial brauchten: Wir konnten uns Bücher ausleihen, bekamen Internet-Tipps und die IDA-NRW-MitarbeiterInnen schickten uns Aufsätze zu. Wir bedanken uns für die nette und schnelle Hilfe.

Natürlich gibt es auch etwas, das ich für verbesserungswürdig halte: Die Zeitschrift „Überblick“ ist für mich als Praktikerin doch ziemlich entmutigend. In vielen Artikeln werden Fehler / Defizite / Mängel der interkulturellen Pädagogik aufgezählt, das problematische Handeln der Jugendverbände beleuchtet usw. Nach dem Lesen mehrerer Ausgaben habe ich das Gefühl, dass ich am besten gar nichts tue, denn eigentlich scheint man nur alles falsch machen zu können.

Dabei ist die Praxis nicht nur so schlecht, wie im „Überblick“ dargestellt: Es gibt nicht nur die „Dönerpädagogik“, sondern auch sinnvolle Projekte, und auch die Behauptung, dass die Angebote der etablierten Jugendverbände für Migrant*innen uninteressant seien, kann ich so nicht stehen lassen: Ich komme gerade vom Bundestreffen der Falken anlässlich unseres 100jährigen Bestehens, und dort war auch eine beträchtliche Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund anwesend.

Mein Vorschlag: Formuliert doch mal positiv, was Jugendverbände und Pädagogen konkret machen können, um zum Abbau des Rassismus und zur Gleichberechtigung der Migrant*innen beizutragen. Wie sollte die geforderte Anerkennung des Anderen aussehen? Was kann man aus gelungenen Projekten und guter pädagogischer Arbeit verallgemeinern? Ich hätte dazu auch ein paar Ideen. Aber die sprengen den Rahmen eines Grußwortes ...

Ich wünsche uns weiterhin eine produktive Auseinandersetzung.

Freundschaft

Anja Arntzen, Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend NW

Mit zahlreichen Informationen und Dokumentationen, Publikationen und Veranstaltungen leistet IDA-NRW seit zehn Jahren vorbildliche Arbeit zum Abbau von Rassismus und Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Es trägt damit in erheblichem Maße zur Stärkung demokratischer Strukturen bei.

tischen Verhaltens und zivilen Engagements bei Jugendlichen sowie zur Förderung von Toleranz und Zivilcourage bei.

Für die hervorragend geleistete Arbeit möchte ich mich im Namen der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW ganz herzlich bedanken. Ich hoffe, dass möglichst viele das Angebot von IDA-NRW weiterhin nutzen, um ein friedliches und tolerantes Miteinander in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Ralf-Erik Posselt, Amt für Jugendarbeit der Evangelische Kirche von Westfalen

Zehn Jahre IDA-NRW, ein Grund zum Feiern ...

Wer Gewalt und Rassismus¹ vermeiden, verhindern oder sogar deeskalieren will, muss genau wissen, worum es sich handelt, wo Ursachen zu suchen und zu finden sind, welche Wirkungen und Spuren Gewalt und Rassismus hinterlassen und woran man sie, auch als versteckte, heimliche Alltagsereignisse, erkennen kann.

Weil wir heute wissen, dass gut gemeinte Appelle, unverständene Normen und Werte, Belehrungen, Betroffenheit, Verbote oder Strafe kaum rassistischer- oder gewaltlösende Wirkungen erzeugen, haben sich Fragen nach attraktiven Dokumentations-, Informations-, Aufklärungsrepertoires, Lern- und Trainingsschritten in den Vordergrund gedrängt, deren Beantwortung durch die Teilnehmenden selber immer wieder neue Fragestellungen eröffnen.

Das wirkliche gesellschaftliche Problem in diesem Prozess sind nicht einige unbelehrbare und durchgeknallte Rechtsextremist/inn/en, Rassist/inn/en, Gewalttäter/innen oder deren wüste Parolen. Das wirkliche Problem ist, dass Gewalt und Rassismus ihre Ursachen in der Mitte der Gesellschaft - dort wo Regierungen und Parlamente, Medien, Polizei, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Vereine und gesellschaftliche Verbände ihren Platz reklamieren - haben, sich dort entwickeln und von dort gespeist werden.

Die Behauptung führender Rechtsextremisten, dass sie "... nur das praktizieren, was wir heimlich selber denken ...", hat hier ebenso ihren Platz wie die Vermutung von vielen Menschenrechtsinitiativen, dass die Akzeptanz und die Normalität von Gewalt und Rassismus in Deutschland ein solides Fundament für rassistische und gewalttätige Ideologien bietet.

Angesichts der schleichenden Entwicklung von Gewalt und Rassismus in allen gesellschaftlichen

Bereichen einerseits und wachsender Sensibilität gegenüber diesen Phänomenen, vor allem in Jugendhilfe und Schule, ist 1994 IDA-NRW gegründet worden.

Ziel war und ist es, der Gewalt und dem Rassismus „das Wasser abzugraben“, um das gesellschaftliche Klima in unserem Land auf Dauer zu korrigieren. Das braucht Zeit und Kontinuität, Gelassenheit und einen langen Atem, Geduld und Perspektive.

Anlass genug, um zu feiern und auf geleistete und erfolgreiche Arbeit zurückzuschauen, Mut zu schöpfen, sich der gegenseitigen Unterstützung und Wertschätzung zu versichern und um mit Lust am eigenen Leben couragiert in die Zukunft zu blicken.

Wilfried Drews, Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof, Solingen

IDA wird 10!

Als Institution steckt es damit nicht mehr in den Kinderschuhen, sondern ist zu einer etablierten Einrichtung in Sachen Antidiskriminierungsarbeit geworden. Seit ca. fünf Jahren schätzt die Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof e. V. die Zusammenarbeit mit IDA-NRW bei Studien-Aktionstagen und dem 2001 gestarteten Projekt „Konfliktmanagement in der Jugendarbeit“. Zur eigenen Fortbildung und zur Verfolgung der aktuellen Diskussion stellt die Fachpublikation „Überblick“ einen wichtigen Fundus bereit, der den Entwicklungsstand der antirassistischen Arbeit transportiert.

In Zeiten, in denen Bildung wie Wein gepredigt wird, jedoch eher mit Mitteln ausgestattet ist, die nach Wasser schmecken, wünsche ich dem Informations- und Dokumentationszentrum, dass es in seiner wichtigen Funktion der Aufklärung in Bezug auf Rechtsextremismus und als ein bedeutsamer, nicht groß genug einzuschätzender Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs einer zivil-demokratischen Gesellschaft wahrgenommen wird und dass dieser Beitrag, den IDA-NRW leistet, auch durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung honoriert wird. Fachlich wünsche ich mir, dass es IDA-NRW gelingt, die Themen Diskriminierung und Rassismus als eine Querschnittsaufgabe in der Bildungsarbeit platzieren zu können. Dazu wünsche ich IDA-NRW Ausdauer und hoffe auch zukünftig auf weitere Kooperationen.

Alles Gute IDA-NRW und seinen MitarbeiterInnen.

Dr. Monika Springer-Geldmacher, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, Hauptstelle Essen

Eine Kooperation ist dann freudvoll, wenn sie Austausch und Synergieeffekte ermöglicht. Das

¹ Warum wir in einem Atemzug von Gewalt und Rassismus reden: Gewalt als (verletzende, schädigende, zerstörerische) Tat birgt immer die Frage nach ihrer Rechtfertigung in sich. Jeder Versuch, Gewalt zu legitimieren, wertet andere Menschen ab und leugnet die Gleichwertigkeit und Würde des (anderen, verletzten) Menschen. Rassismus versucht, die Gewalt zu rechtfertigen und konstruiert dabei abwertende Merkmale und Eigenschaften, um Menschen scheinbar legitimiert schädigen und verletzen zu können.

ist in der Zusammenarbeit zwischen der RAA und IDA-NRW der Fall. Seit Gründung von IDA-NRW bin ich im Beirat, und auch zwischen kommunalen RAA und IDA-NRW haben sich Kooperationen fruchtbar entwickelt. Es kam zur Vorstellung von Ansätzen der RAA im Beirat: KOALA - die koordinierte zweisprachige Alphabetisierung im Anfangsunterricht, Rucksack und griffbereit, RAA-Programme zur Förderung von Mehrsprachigkeit durch Mütter und Kindertagesstätte, das Konzept „interkulturelle Schülerklubs“ wurden im Beirat zur Diskussion gestellt. Die Herausforderung, die durch IDA-NRW in unsere Arbeit eingeflossen ist, ist das Gegen-den-Strich-Bürsten von Konzepten, wie das der Interkulturellen Erziehung. Und das Kennenlernen von so manchem hervorragenden Referenten (Paul Mecheril last not least) verdanken wir IDA-NRW. RAA als Experten für interkulturelle Bildungsarbeit und IDA-NRW als Spezialist für antirassistische Jugendarbeit – eine gute Kombination!

Dimitria Clayton, Landeszentrum für Zuwanderung NRW

Zehn Jahre Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen - Herzlichen Glückwunsch!

IDA-NRW und das Landeszentrum für Zuwanderung NRW setzen sich für die gleichen Ziele ein - für eine Welt ohne Rassismus (oder wenigstens ein bisschen weniger davon), für die Gleichstellung aller Menschen dieser Einwanderungsgesellschaft.

In zehn Jahren hat IDA-NRW es geschafft, sich in einem von vielen Akteuren „besetzten“ Feld ein eigenes Profil zu erarbeiten. IDA-NRW tritt besonders innovativ und kompetent immer dort auf, wo es sich mit seinen originären Themen befasst: der Gefahr des Rechtsextremismus, Möglichkeiten der Prävention rechtsextremistischer Denkens und Handelns, Erziehung zur Demokratie. In jüngerer Zeit ist ein weiteres Themenfeld hinzugekommen: die Auseinandersetzung mit Interkulturalität in der Einwanderungsgesellschaft, und zwar jenseits von Alarmismus und „rosa Multikultibrille“. Migranten werden als Experten ernst genommen und kulturalistische Sichtweisen hinterfragt. Damit hebt sich IDA-NRW wohltuend ab von der Vielzahl der Veranstalter, die sich in der Suche nach „best practice“ erschöpfen.

Gar nicht erschöpft, sondern noch frisch bei der Sache präsentiert sich IDA-NRW heute. Das ist aber auch notwendig, denn wir brauchen IDA-NRW auch in Zukunft. Die Aufgaben sind in zehn Jahren nicht kleiner geworden: Zwar ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in NRW im letzten Jahr etwas zurückgegangen, dafür wächst zum Beispiel die Zahl rechtsextremistischer und rassistischer Websites im Internet. Also gilt es dranzubleiben und nicht nachzulassen.

In diesem Sinne wünsche ich IDA-NRW Ausdauer und Beharrlichkeit, und weiterhin Mut zu ungewöhnlichen Fragestellungen jenseits des Mainstreams.

Dr. Aydin Sayilan, Vorsitzender des HDF-Landesverbandes und des Migrationsforums Deutschland

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ich freue mich mit Euch auf Euer zehnjähriges Bestehen. IDA-NRW ist für mich ein Erfolgsmodell, wie man als Projekt mit einer guten Idee anfangen und eine feste „Einrichtung“ auf der Landesebene werden kann. Denn ich habe bei meinen politischen und beruflichen Tätigkeiten viele Projekte mit guten Ansätzen entwickeln und wegen Desinteresse der Politiker(innen) bzw. Geldmangel der Verwaltungen sterben sehen.

Hauptamtlich als Vertreter der Stadt Duisburg im AK „Ruhrgebietsstädte“ und ehrenamtlich als Vorsitzender des HDF-Landesverbandes und des Migrantenforums Deutschlands hatte ich Gelegenheit, mit den Vertreterinnen des IDA-NRW in Foren und an Info-Ständen bei diversen migrations- und integrationsrelevanten Veranstaltungen ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren. Dies war sicherlich nicht nur für mich eine große Bereicherung.

Die antirassistische Arbeit ist eine Seite der Medaille, die andere ist interkulturelle Arbeit. Diese beiden Tätigkeitsfelder sollen sich ergänzen. Wir leben realistisch gesehen in einer multikulturellen Gesellschaft. Damit sie friedlich gestaltet wird, sollten interkulturelle Kontakte ermöglicht werden. Leitmotive interkultureller Arbeit sind Anerkennung und Gleichheit.

Für diese Zielsetzung sollten unsere gemeinsamen Arbeitsgebiete, zusätzlich zu antirassistischen Tätigkeiten, wie folgt sein: Die Förderung interkultureller Kompetenz als Spezifikation von sozialer Kompetenz, interkulturelles Lernen mit Förderung der Sprachen, u. a. auch der Muttersprache sowie politische Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen in multikulturellen Gruppen.

In diesem Sinne wünsche ich IDA-NRW weitere erfolgreiche Jahre.

Jan Lieven, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW, Köln

In ihrer vergleichsweise kurzen zehnjährigen Geschichte - die AJS hat immerhin kürzlich ihren 50. Geburtstag gefeiert - ist es IDA-NRW gelungen, die zentrale Informationsstelle für all diejenigen in und auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen zu werden, die sich gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft engagieren wollen. IDA-NRW hat eine Fülle exzellenter Arbeitshilfen zu wichtigen Problemfeldern

(wie z. B. Rechtsextremismus im Internet, Infos über Rechtsextremismus und antirassistische Projekte, ReferentInnenverzeichnisse u. a. m.) herausgegeben und damit die antirassistische Arbeit in Schulen, in Jugendeinrichtungen und Vereinen wirkungsvoll unterstützt. Die von IDA-NRW durchgeführten Tagungen und Vorträge zeichnen sich durch einen hohen fachlichen Standard aus.

Das gemeinsame Anliegen, antidemokratische und menschenfeindliche Entwicklungen in unserem Lande zu verhindern und der Entstehung von Gewalt vorzubeugen, hat zu einer Reihe von gelungenen Kooperationsveranstaltungen geführt. Erinnert sei an die Fachforen „Rassismus Pur“ im Jahr 2001 in Köln oder „Rechts Rum. Prävention rechtsextremer Orientierungen“ in Gelsenkirchen in 2002, die in Zusammenarbeit von IDA-NRW, AJS und Landesjugendring NRW durchgeführt wurden.

Im Rahmen des Aussteigerprogramms NRW hat die AJS mit IDA-NRW fünf Qualifizierungsseminare veranstaltet, in denen örtliche Betreuungspersonen auf die nicht immer leichte Aufgabe, ausstiegswillige jugendliche Mitläufer zu betreuen und deren Bezugspersonen zu beraten, vorbereitet wurden.

Für die Zukunft wünschen wir uns im Interesse der präventiven Arbeit in NRW eine Fortsetzung der guten und erfolgreichen Zusammenarbeit und IDA-NRW alles Gute und weiterhin viel Erfolg.

Kommentar

Das Zuwanderungsgesetz

Anne Broden

Das neue Zuwanderungsgesetz, das immer noch diesen Namen trägt, ist zu einem Sicherheitsgesetz mutiert. Dies spiegelt sich bereits im 1. Paragrafen wider: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter der Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen in der Bundesrepublik Deutschland.“

Für die Arbeitsmigration heißt dies konkret: Der generelle Anwerbestopp bleibt bestehen. Ohne Stellenzusage wird keine Ausländerin und kein Ausländer nach Deutschland kommen können. Nur herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Top-Managerinnen und Top-Manager sollen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Selbstständige erhalten diese Genehmigung, wenn sie eine Million Euro investieren, mindestens zehn Arbeitsplätze schaffen

und die Behörden die Geschäftsidee der Investorin oder des Investors gutheißen. Das Punktesystem, das ursprünglich Zuwanderung nach bestimmten Kriterien qualifizieren sollte, ist gestrichen. Eine quotierte Einwanderung, wie sie aufgrund der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik immer wieder gefordert wurde, wird es nicht geben.

Die Fortschritte, die es im Bereich der „humanitären Zuwanderung“ im Gesetz gibt, sind nicht das Verhandlungsergebnis zwischen Regierungsparteien und Opposition, vielmehr setzt hier das geplante Gesetz die sog. Qualifikationsrichtlinie der EU in nationales Recht um: Auch Opfer nicht-staatlicher Verfolgung fallen in den Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention und zukünftig wird auch geschlechtsspezifische Verfolgung anerkannt. Dies sind, wie gesagt, Eu-Vorgaben.

Das Versprechen, das Instrument der „Duldung“ der Ausländerinnen und Ausländer abzuschaffen, wurde hingegen nicht eingelöst. Der unsichere Status vieler Migrantinnen und Migranten bleibt somit bestehen. Vor allem Flüchtlinge, bei denen außerhalb des Asylverfahrens ein Abschiebungshindernis festgestellt wird, werden weiterhin nur geduldet, ohne dass, wie bisher, die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis möglich ist. Mit dieser Regelung tritt also eine deutliche Verschlechterung zum bislang geltenden Recht ein.

Härtefallkommissionen können von den Ländern eingerichtet werden, müssen aber nicht. So es sie gibt, kann diese Kommissionen jedoch niemand zwingen, sich mit einem bestimmten Fall zu befassen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Eine weitere Verschlechterung bringt Paragraph 15a über die „Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer“ mit sich. Wer nach dem Ablauf eines Besuchervisums im Land bleibt und gar Arbeit aufnimmt kann beispielsweise bei einer Duldung zukünftig „auf die Länder verteilt werden“. Strikte Ortsauflagen sollen wohl abschreckende Wirkungen haben.

Lange umstritten war die Frage, ob Neuzuwanderinnen und -zuwanderer einen Anspruch auf Integrationskurse haben sollen. Nun ist entschieden: aus dem „Anspruch“ ist eine Zwangsmaßnahme geworden. Ausländerinnen und Ausländer, die an den Kursen nicht teilnehmen oder nicht ausreichend lernen, werden bestraft, zum einen durch finanzielle Sanktionen, zum anderen mit einer Infragestellung ihres Aufenthaltsrechts. Auch seit längerem in der Bundesrepublik lebende Migrantinnen und Migranten (sog. „Bestandsausländer“ - sie werden sozusagen schon in der Inventarliste der Bundesrepublik Deutschland als dazugehörig erfasst) müssen damit rechnen, dass sie zur Kursteilnahme verpflichtet werden.

Umfangreich sind die Regelungen des Ausländer-sicherheitsrechts, die das Zuwanderungsgesetz dominieren. Die Ausweisungsvorschriften wurden massiv verschärft. Eine „Regelausweisung“ wird

gegen Ausländerinnen und Ausländer verhängt, die und der des Terrorismus *verdächtig* wird, der oder die die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit Deutschlands gefährdet, sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewalt aufruft oder mit Gewaltanwendung droht. Ist die Blockade einer Autobahn durch demonstrierende Kurdinnen und Kurden, die auf die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan aufmerksam machen wollen, eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung oder eine legitime Politikform? Es werden kontroverse Diskussionen und Gerichtsverfahren auf die bundesrepublikanische Gesellschaft zukommen.

Auch Leiter und Leiterinnen verbotener Vereine fallen unter die Regelausweisung. Migrantinnen und Migranten, die in der Bundesrepublik geboren wurden oder seit vielen Jahren hier leben, aber keinen deutschen Pass haben, können bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren abgeschoben werden. Was aber, wenn dem oder der Abgeschobenen im Herkunftsland Folter, gar der Tod droht? Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass können bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren abgeschoben werden. So entledigt sich die Gesellschaft beispielsweise der Jugendlichen, die sie zwar hervorgebracht hat, mit denen sie aber nicht umzugehen weiß. Der Fall „Mehmet“ ist noch in Erinnerung.

„Diese Regeln“, so kommentiert Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Juni 2004, „kann man als Versuch betrachten, die bereits geschehene Zuwanderung rückabzuwickeln.“

Dieses Zuwanderungsgesetz wird oft als Kompromiss verteidigt, mehr sei angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat nicht drin gewesen. Für Otto Schily aber ist dies ein notwendiger, wenn auch ungeliebter Kompromiss: „Heute ist zwar Regenwetter, aber bei mir herrscht Sonnenschein“, ließ er auf der Pressekonferenz am 17. Juni in Berlin verlauten. Es ist der gleiche Minister, der beispielsweise im Jahr 2000 das Bündnis für Demokratie und Toleranz gründete und der dem Deutschen Sportbund Gelder für das Projekt „Integration durch Sport“ bereitstellt. Zuwanderungsgesetz einerseits - Bündnis und Integrationsmaßnahmen andererseits - diese Ambivalenz wurde von Albert Scherr im „Überblick“ 2/2003 als „Blinder Fleck der Rechtsextremismusbekämpfung“ bezeichnet:

„Erkennt man an, dass der Extremismus aus der Mitte kommt, dann wird sichtbar, dass die Übergänge zwischen den Formen der rechtlichen Diskriminierung von Migranten und Flüchtlingen sowie den instrumentellen Arbeitsmarktskalkülen sozialdemokratischer Einwanderungspolitik einerseits, rechtspopulistischer und rechtsextremer Propaganda andererseits („Deutsche Arbeitsplätze

für Deutsche!“) fließend sind. Insofern ist die Unterscheidung zwischen der demokratischen Mitte und dem Rechtsextremismus auch unscharf. Folglich kann man Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mit den Mitteln politischer Bildung nicht bekämpfen, ohne zugleich den amtlichen Umgang mit Eingewanderten, Flüchtlingen und illegalen Arbeitsmigranten kritisch, d. h. auch als Praxis verstaatlichter Fremdenfeindlichkeit in den Blick zu nehmen.

An der Förderung solcher Kritik kann Regierungspolitik aber nicht interessiert sein. Dass die politischen Entscheidungsträger, die Programme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus fördern, zugleich an einer Politik mitwirken, die zur Aufrechterhaltung von Strukturen und Praktiken der Diskriminierung von Eingewanderten und Flüchtlingen beiträgt, bleibt deshalb in den einschlägigen Deklarationen ausgeblendet. Dies ist der blinde Fleck, den die Unterscheidung der demokratischen Mitte von den Rechtsextremisten erzeugt. (...)

Mit dem Argument der Terrorbekämpfung werden aktuell die Rechte der Bürgerinnen und Bürger mit und ohne deutschen Pass eingeschränkt und interessanter Weise geht keine nennenswerte Opposition deswegen auf die Barrikaden. Und für die Engagierten in der Antirassismuarbeit bestätigt sich einmal mehr der Verdacht, dass anti-rassistisches Engagement, so es denn staatlicherseits gefördert wird, eine Art Alibifunktion für Politik und Regierungsverantwortliche hat. Weil Rassismus auch ein „Standortfaktor“ ist, werden Bündnisse gegründet und Programme gestartet, denen aber von der gleichen Politik Stolpersteine in den Weg gelegt werden.

Nachrichten

Interkulturelle Öffnung

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift zur interkulturellen Woche 2004 „Integrieren statt ignorieren“ (www.interkulturellewoche.de) wird die interkulturelle Arbeit des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) in Hagen beschrieben. Schon seit einigen Jahren ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fester Bestandteil der Vereinsaktivitäten. Interkultureller und interreligiöser Dialog, der die Kooperation mit MigrantInnenselbstorganisationen beinhaltet, führte zu einer Reihe von Projekten für Kinder und Jugendliche in Hagen. Eine Motivation des Vereins besteht darin, den Jugendlichen Raum zu geben, eine eigene Identität in der Einwanderungsgesellschaft auszubilden und den Jugendlichen Möglichkeiten zu aktiver Partizipation einzuräumen.

Informationen: CVJM Hagen e. V., Märkischer Ring 101, 58097 Hagen, Tel: 0 23 31 / 91 95-0, Fax: 0 23 31 / 91 95-29, cvjmhagen@t-online.de
www.cvjm.org/hagen/welcome.html

Ost-West-Netzwerk Zivilcourage und Gewaltprävention

Der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben hat in Leipzig und Bielefeld das Projekt „Zivilcourage und Gewaltprävention“ (Zug) gestartet. Ziel ist es, durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen zu wirken. Das Projekt wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in der Berufsausbildung oder in berufsorientierenden Maßnahmen befinden sowie an ihre Ausbilder. Im Rahmen des bis 2006 laufenden Projekts soll auch ein Qualitätssiegel „Gewaltfrei arbeiten in kultureller Vielfalt“ entwickelt werden.

Informationen: Arbeit und Leben Bielefeld, Dorothee Hildebrandt, Tel: 05 21 / 51 21 07; Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Lothar Jansen, Tel: 02 11 / 43 01-1 50

Entimon Anträge für 2005

Seit dem 16. August 2004 ist das Interessensbekundungsverfahren für Entimon-Projekte für 2005 gestartet. Die Antragsformalitäten und die neuen Richtlinien können von der Website herunter geladen werden. Projektangebote müssen bis spätestens 30.09.2004 in der Geschäftsstelle der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub), Servicestelle entimon eingehen.

Informationen: Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) mbH, Servicestelle entimon, Oranienburger Straße 65, 10117 Berlin, Tel: 0 30 / 2 84 09 – 3 06 / 3 14 / 3 16, Fax: 0 30 / 2 84 09 – 1 30, annedore.frenzel@gsub.de
www.gsub-berlin.de/

Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung – EU JournalistInnenpreis

Im Rahmen der EU-Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ lobt die Europäische Union dieses Jahr erstmals den Wettbewerb "Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung" Journalist Award 2004 aus. JournalistInnen aus den 25 EU-Mitgliedsländern sind aufgerufen, Artikel zum Thema Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt einzureichen. Alle Artikel aus den Bereichen Print und Online müssen im Zeitraum vom 01. 01. - 30. 09. 2004 veröffentlicht worden sein und können in jeder der offiziellen EU-Sprachen eingereicht werden. Die Beiträge sollen eine Länge von mindestens 5000 Zeichen haben und bis spätestens 05. Oktober 2004 eingesandt werden.

Informationen: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Silke Nütten, Tel: 0 30 / 6 50 00-30 5, Fax: 0 30 / 6 50 00-15 0, s.nuetten@media-consulta.com,
www.stop-discrimination.info

Discover diversity! Netd@ys Deutschland 2004

Die Netd@ys sind eine europäische Initiative, die seit 1997 Projektwochen zum Thema "Neue Medien in Bildung und Kultur" in ganz Europa organisiert. 2004 ist das Thema des Wettbewerbs der interkulturelle Dialog. Es wird nach Beiträgen gesucht, die das Thema bildlich darstellen oder zumindest bildliche Darstellungsformen integrieren. Einsendeschluss der Beiträge ist der 24. Oktober 2004.

Informationen: Netd@ys Deutschland, Bergstr. 8, 45770 Marl, Tel: 0 23 65 / 94 04-90, Fax: 0 23 65 / 94 04-29, info@netdays.de, www.netdays.de

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus



📖 Bund Deutscher PfadfinderInnen / Bildungsstätte Alte Schule Anspach e. V./ Gallus Zentrum Frankfurt/Main (Hg.):

www.hyperlinks-gegen-rechts.de Version 2004. Jugendliche vernetzen sich gegen Rechtsextremismus und Intoleranz, Neu Anspach 2004

📖 Cippitelli, Claudia/Schwanebeck, Axel (Hg.): Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien. Dokumentation der 22. Tutzinger Medientage 2003, München: Verlag Reinhard Fischer, 2004

📖 Gabriel, Ralph/Grastorf, Ingo/Lakeit, Tanja/Wandt, Lisa/Weyand, David: Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement (Schriftenreihe Politik und Kultur, Bd. 6), Berlin: Verlag Hans Schiler, 2004

📖 Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

🔍 Landeskriminalamt Thüringen (Hg.): Nachschlagewerk zur Bekämpfung politisch motivierter Straftaten - rechts, Erfurt o. J.

📖 Pingel, Andrea (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit, Dokumentation der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Halle 2004
Über: www.dji.de (als PDF-Datei)

📖 Servicestelle entimon, c/o gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (Hg.): Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Programms „entimon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ 2001 – 2003, Berlin o. J.

📖 Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): „Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie.“ Community Coaching - Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen (Bulletin Nr. 4/2003, Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur), Leipzig: Ernst Klett Schulbuchverlag, 2003

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

📖 Aktion Courage e. V. (Hg.): Polizeiübergriffe auf Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2000 – 2003. Dokumentation, Bonn/Berlin 2003

📖 Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Gestaltung des Gesetzgebers und betriebliche Realität, Berlin 2003

📖 und 🔍 DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (Hg.): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit (erweiterte Neuauflage), Erfurt o. J.

📖 European Network Against Racism (Hg.): Europäische Strategien zur Bekämpfung von Ras-

sismus und Fremdenfeindlichkeit als Straftat, Brüssel 2003

📖 IDA e. V. (Hg.): „Gefährlich fremd“? Anregungen zum kritischen Umgang mit Medien, Düsseldorf: Eigenverlag, 2003 (Flyer)

IDA hat einen neuen Flyer veröffentlicht, der sich der Thematik antidiskriminierender Berichterstattung und des kritischen Umgangs mit Medien widmet.

Dieser Flyer thematisiert die problematische Berichterstattung in den Medien über Menschen mit Migrationshintergrund und gibt Beispiele und Erläuterungen zur kritischen Lektüre von Medienberichten. Geschrieben von einem Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, der sich schon lange mit der Rolle der Medien im Integrationsdiskurs beschäftigt, bemüht sich der Flyer trotz der Komplexität der Thematik, so klar und einfach wie möglich den Gebrauch und die Auswirkung von Vorurteilen, Stereotypisierungen und diskriminierenden Äußerungen in den Medien, auch auf den Alltag, darzustellen. Der Flyer beschäftigt sich dabei mit den Fragen, wie Medien Realitäten erzeugen (können), wie sich die Bedeutung von Worten je nach kontextuellem Gebrauch verändert, welchen Einfluss Kollektivsymbole bei der Berichterstattung haben und wie sich hinter vermeintlich sachlicher Berichterstattung, beispielsweise über Straftaten, ausgrenzendes und stigmatisierendes Verhalten finden kann. Weiterhin geht der Flyer auch auf den Einfluss der Medien auf den alltäglichen Sprachgebrauch ein und gibt Tipps, wie Medien kritisch gelesen werden können. Durch die verschiedenen Ebenen der medialen Sprache, die der Flyer anspricht, den Rekurs auf den Alltag sowie die abschließenden Tipps, eignet sich der Flyer, um als begleitendes Seminarmaterial in Schule und Jugendarbeit eingesetzt zu werden. Der Flyer ist im Dezember 2003 im Eigenverlag erschienen. Er kann bis zu einer Stückzahl von 30 Exemplaren kostenlos, bei größeren Bestellungen gegen eine Schutzgebühr von 0,05 € bei IDA e. V. bestellt werden.

📖 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen/Diakonisches Werk Westfalen/LzZ - Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Ungleich besser: Vielfalt statt Diskriminierung. Europäische Fachtagung zur Zielgruppen übergreifender Antidiskriminierungsarbeit. Dokumentation der Veranstaltung vom 06.02.2004 in Bochum, Düsseldorf 2004

📖 Planerladen e. V. (Hg.): Diskriminierung im Wohnbereich bekämpfen. Freizügigkeit von Zuwanderern sichern. Dokumentation des Experten-Workshops vom 1. Oktober 2003, Dortmund 2004

☞ Reuter, Julia: Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden, Bielefeld: transcript Verlag, 2002

☞ Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus - Geschichte und Gegenwart (Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation, Bd. 2), Gießen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V., 2004

☞ SJD - Die Falken, OV Merkstein: Dein Handeln ist wichtig! Power-Point gegen Rassismus, o. O., o. J.

Über: SJD-Die Falken OV Merkstein, Comeniusstr. 8, 52134 Herzogenrath, Tel: 0 24 51 / 90 92 13, info@sjd-die-falken-merkstein.de
www.sjd-die-falken-merkstein.de

☞ Stötzer, Bettina: InDifferenzen. Feministische Theorie in der antirassistischen Kritik, Hamburg: Argument Verlag, 2004

☞ Verband für Interkulturelle Arbeit VIA e. V. (Hg.): Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland. Rahmenbedingungen und Herausforderungen (Magazin Ausgabe 4-IX-03), Duisburg 2003

☞ Wochenschau Verlag (Hg.): Achtung Vorurteile (Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, 55. Jahrgang, Nr. 1, Ausgabe Sek. I), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004

☞ Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): „Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Mond sicher.“ Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland (Bulletin Nr. 5/2004, Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur), Leipzig: Ernst Klett Schulbuchverlag, 2004

... zum Thema Zuwanderung und Migration

☞ Bayerischer Jugendring (Hg.): Junge Spätaussiedler/innen. Integration in das Gemeinwesen. Ideen, Anregungen, Praxisbeispiele, München 2003

☞ Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Welt, Jochen (Hg.): Strategien kommunaler Integrationspolitik. Ein Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung (InfoDienst Deutsche Aussiedler, Mai 2004, Nr. 117), Berlin 2004

☞ Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Hg.): mitSprache. Deutsch als Zweitsprache, Mehrsprachigkeit, Elternarbeit, Fortbildung. Modellprojekt zur sprachlichen und soziokulturellen Inte-

gration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, Frankfurt am Main 2003

☞ Georgi, Viola B.: Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg: Hamburger Edition, 2003

☞ Kaplan, Marion (Hg.): Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945, München: Verlag C. H. Beck, 2003

☞ Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. (Hg.): Integration. Übungen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, Magdeburg o. J.

☞ Motte, Jan/Ohliger, Rainer (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen: Klartext Verlag, 2004

☞ Nökel, Sigrid: Die Töchter der Gastarbeiter und der Islam. Zur Soziologie alltagsweltlicher Anerkennungspolitiken. Eine Fallstudie, Bielefeld: transcript Verlag, 2002

☞ Pandel, Hans-Jürgen (Hg. und Bearb.): Angelockt und fortgetrieben. Migration in der Neuzeit (Wochenschau Geschichte aus erster Hand), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1998

... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

☞ AABF, Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. (Hg.): Mappe für den Interreligiösen Dialog. Aus der Sicht der Aleviten. Materialien für das Projekt: „Dialoge fördern - Gewalt verhindern“ (Stand: Dezember 2003), Köln 2003

☞ Arbeitsstelle Weltbilder (Hg.): Einfach anders. Für eine Kultur des Friedens. Leseheft, Münster o. J.

☞ Auernheimer, Georg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität (Interkulturelle Studien, Bd. 13), Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2002

☞ Avci-Werning, Meltem: Prävention ethnischer Konflikte in der Schule. Ein Unterrichtsprogramm zur Verbesserung interkultureller Beziehungen (Wagner, Ulrich (Hg.): Texte zur Sozialpsychologie, Bd. 9), Münster: Waxmann Verlag, 2004

☞ Bündnis für Toleranz und Zivilcourage NRW u. a. (Hg.): Annita Kalpaka: Wie die Elefanten auf die

Bäume kommen. Chancen interkulturellen und pädagogischen Handelns in der Einwanderungsgesellschaft, Villigst 2004

Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Partizipation verbindet. Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Jugendverbänden - Chancen und Herausforderungen. Dokumentation der Fachtagung vom 15. - 17. Oktober im Bonn (Schriftenreihe des Deutschen Bundesjugendringes, Nr. 40), Berlin 2004

Lima Curvello, Tatiana/Pelkhofer-Stamm Margret: Interkulturelles Wissen und Handeln. Neue Ansätze zur Öffnung sozialer Dienste. Dokumentation des Modellprojektes „Transfer interkultureller Kompetenz“, Berlin: Transfer interkultureller Kompetenz, 2003

Mecheril, Paul: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit (Interkulturelle Bildungsforschung, Bd. 13), Münster: Waxmann Verlag, 2003

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Integration durch Sport - Migrantinnen im Sport, Düsseldorf 2001

Nick, Peter: Ohne Angst verschieden sein. Differenzerfahrungen und Identitätskonstruktionen in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2003

Nippes Museum Köln (Hg.): Zaszke, Wolfgang: Alt und Jung. Dialog der Generationen als interkulturelles Projekt, Köln 2003

Oestreich, Heide: Der Kopftuch-Streit. Das Abendland und ein Quadratmeter Islam, Frankfurt am Main: Verlag Brandes & Apsel, 2004

Schirilla, Nausikaa: Autonomie in Abhängigkeit. Selbstbestimmung und Pädagogik in postkolonialen, interkulturellen und feministischen Debatten, Frankfurt am Main/London: IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 2003

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. (Hg.): Kompetent Mehrsprachig - Sprachförderung und interkulturelle Erziehung im Kindergarten, Frankfurt am Main: Verlag Brandes & Apsel, 2004

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. (Hg.): Vielfalt ist unser Reichtum. Warum Heterogenität eine Chance für die Bildung unserer Kinder ist, Frankfurt am Main: Verlag Brandes & Apsel, 2004

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. (Hg.): Binationaler Alltag in Deutschland. Ratgeber für Ausländerrecht, Familienrecht und interkulturelles Zusammenleben, Frankfurt am Main: Verlag Brandes & Apsel Verlag, 2001

... zum Thema NS-Vergangenheit

Haag, Lina: Eine Hand voll Staub. Widerstand einer Frau 1933 bis 1945. Mit einem Nachwort von Barbara Distel, Tübingen: Silberburg-Verlag, 2004

Kaplan, Marion: Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, 2003

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Bund der Deutschen Landjugend (Hg.): Gender konkret. Informationsbroschüre zu Gender mainstreaming für haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen im Bund der Deutschen Landjugend, Berlin 2003

Bundesvorstadt der DPSG (Hg.): Pfadfinden - Abenteuer und mehr. 75 Jahre Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg, Neuss-Holzheim: Georgs-Verlag, 2003

Landesjugendring Berlin e. V./Bohl, Peter K./Rooß, Burkhard (Hg.): Gratwanderung Jugendarbeit, Chemnitz: RabenStück Verlag für Kinder- und Jugendhilfe, 2001

Zitzmann, Christina: Alltagshelden. Aktiv gegen Gewalt und Mobbing - für mehr Zivilcourage. Praxishandbuch für Schule und Jugendarbeit (Veröffentlichungen der CPH Jugendakademie), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004

... Verschiedenes

Stiftung Mitarbeit/socius gGmbH (Hg.): Piwko, Rudi: Fundraising (Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 21), Bonn/Berlin 1999
Über: info@socius.de, www.socius.de

Stiftung Mitarbeit/socius gGmbH (Hg.): Piwko, Rudi: Fundraising als Chance. Arbeitshilfe zur Mittelbeschaffung und Organisationsentwicklung in Vereinen (Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 31), Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 2004
Über: info@socius.de, www.socius.de

Termine

⊕ **Lebenswelten von Einwanderinnen in Deutschland**

4. Bensberger Kolloquium zur Migrantinnenforschung

Termin: 18. – 19. September 2004

Ort: Thomas-Morus Akademie

Informationen: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Overather Straße 51-53, 51429 Bergisch-Gladbach, Tel: 0 22 04 / 40 84 72, Fax: 0 22 04 / 40 84 20, akademie@tma-bensberg.de
www.tma-bernberg.de

⊕ **Antisemitismus - ein Gespenst von gestern?**

Fortbildungstag für LehrerInnen und MultiplikatorInnen

Termin: 27. September 2004

Ort: Jüdisches Museum Dorsten

Informationen: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen, Tel: 02 01 / 22 79 82, Fax: 02 01 / 23 55 05
buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

⊕ **Interkulturelle Beratung**

Fachtagung

Termin: 27. – 28. September 2004

Ort: Vlotho

Informationen: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho, Tel: 0 57 33 / 9 23-0, Fax: 0 57 33 / 1 05 64, service@jugendhofvlotho.de
<http://www.jugendhofvlotho.de>

⊕ **“Zuwanderung und Integration gestalten – Zukunft gewinnen”**

Integrationskongress des Deutschen Caritasverbandes e. V.

Termin: 28. – 30. September 2004

Ort: Berlin

Informationen: Deutscher Caritasverband e. V., Abteilung Soziales und Gesundheit, Referat Migration und Integration, Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel: 07 61 / 2 00-2 85, Fax: 07 61 / 2 00-2 11, Migration.integration@caritas.de
www.caritas.de

⊕ **Toleranz – ein brauchbarer Begriff im interreligiösen Dialog?**

2 Studientage

Termine: 28. September 2004 und 22. November 2004

Ort: Ev. Akademie Arnoldshain

Informationen: Evangelische Akademie Arnoldshain, Im Eichwaldsfeld 3, 61389 Schmittent/Ts., Tel: 0 60 84 / 9 44- 1 40, Fax: 0 60 84 / 9 44- 1 38, office@evangelische-akademie.de
www.evangelische-akademie.de

⊕ **In der Vielfalt liegt die Stärke – Interkulturelles Handeln zwischen Antidiskriminierung und Diversity Management**

Symposium

Termin: 01. – 02. Oktober 2004

Ort: Nürnberg

Informationen: Xenos Nürnberg, Tel: 09 11 / 58 36-4 39, info@xenos-nuernberg.de
www.xenos-nuernberg.de

⊕ **Entdeckungen, die verändern. Neue Lerntheorien für die internationale Jugendbegegnung**

Studienkonferenz

Termin: 07. Oktober 2004

Ort: Thomas-Morus Akademie, Bensberg

Informationen: Thomas-Morus-Akademie, Overather Str. 51 - 53, 51420 Bergisch Gladbach, Tel: 0 22 04 / 40 84 72, Fax: 0 22 04 / 40 84 20
akademie@tma-bensberg.de
www.tma-bensberg.de

⊕ **Interreligiöse Kompetenz**

Programm- und Qualifizierungsbausteine für die internationale Jugendarbeit

Termin: 11. – 12. Oktober 2004

Ort: Universität Regensburg

Informationen: Transfer e. V., Grethenstr. 30, 50739 Köln, Tel: 02 21 / 9 59 21-90, Fax: 02 21 / 9 59 21-93, service@transfer-ev.de

⊕ **Migration, Globalisierung und die Europäische Union im Jahr 2005. Sind Verfassungsvertrag und politische Akteure auf die neuen Herausforderungen vorbereitet?**

Termin: 22. – 24. Oktober 2004

Ort: Ev. Akademie Arnoldshain

Informationen: Evangelische Akademie Arnoldshain, Im Eichwaldsfeld 3, 61389 Schmittent/Ts., Tel: 0 60 84 / 9 44- 1 40, Fax: 0 60 84 / 9 44- 1 38
office@evangelische-akademie.de
www.evangelische-akademie.de

⊕ **Nahostkonflikt und Antisemitismus**

Jahrestagung des Deutsch-Israelischen-Arbeitskreises und der Heinrich-Böll-Stiftung

Termin: 29. – 31. Oktober 2004

Ort: Ev. Akademie Arnoldshain

Informationen: Evangelische Akademie Arnoldshain, Im Eichwaldsfeld 3, 61389 Schmittent/Ts., Tel: 0 60 84 / 9 44- 1 40, Fax: 0 60 84 / 9 44- 1 38
office@evangelische-akademie.de
www.evangelische-akademie.de

Praxisforum von IDA-NRW in Kooperation mit dem LJR und AJS:

Rassismus und Rechtsextremismus: Wie können wir in Jugendarbeit, Schule, Polizei, Sport und Medien damit umgehen?

Termin: 02. Dezember 2004, 10:00 - 17:00 Uhr
Ort: Wissenschaftspark Gelsenkirchen

Was tun beim Hören rechtsextremer Hasslieder, wie reagieren auf antisemitische Witze, Hitlergruß und Hakenkreuzschmierereien in Jugendzentrum, Schule und Sportverein? Wie umgehen mit Rassismus im Polizeialltag? Wie erkennen wir eine rassistische Medienberichterstattung, und wie können wir sie in unseren Medien verhindern?

Diesen Fragen wollen wir in berufsspezifischen Arbeitsgruppen nachgehen. Fachleute aus den verschiedenen Berufsfeldern werden mit den TeilnehmerInnen praxisnah angemessene Verhaltensweisen erproben und einen konstruktiven Austausch ermöglichen.

Das Praxisforum richtet sich an MitarbeiterInnen der Jugendarbeit, LehrerInnen, PolizistInnen, JournalistInnen und MitarbeiterInnen im Sport.

Prof. Dr. Kurt Möller (Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen) wird in einem abschließenden Vortrag thematisieren, was pädagogische, polizeiliche und journalistische Maßnahmen in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu leisten vermögen.

Programm:

10:00 Uhr Begrüßung und Einführung
Anne Broden (IDA-NRW)

10:15 Uhr Berufsspezifische Workshops:

- Jugendarbeit
Leitung: Dieter Jablonski (Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen)

- Schule
Leitung: Dr. Klaus-Peter Hufer (VHS Kreis Viersen, Uni Duisburg-Essen)

- Polizei
Leitung: Dr. Marion Wisinger (Informationszentrum für politische Bildung, Wien)

- Sport
Leitung: Angelika Ribler (Sportjugend Hessen)

- Medienarbeit
Leitung: Dr. Frank Wichert (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

12:30 Uhr Mittagspause

13:30 Uhr Weiterarbeit in den Workshops

15:15 Uhr Vortrag und anschl. Diskussion:
Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus begegnen: Was leisten pädagogische, polizeiliche und journalistische Maßnahmen?
(Prof. Dr. Kurt Möller, Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen)

17:00 Uhr Ende

Kosten: Der Teilnahmebeitrag beträgt 15,- €; Auszubildende, Studierende und Arbeitslose 10,- € (für Imbiss und Getränke). Reisekosten werden nicht erstattet.

Anmeldung: IDA-NRW, Anne Broden, Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, info@ida-nrw.de

Bitte teilen Sie uns mit, an welchem berufsspezifischen Workshop Sie teilnehmen wollen. Eine Anmeldebestätigung erfolgt nicht.

Anmeldeschluss: 26. November 2004